

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. **78**

Febr./März 2016



Oberbohrmeister Mende will fracken

INHALT

| | |
|--|----|
| Gegen rassistische Überforderungsdiskurse | |
| Menschenwürde zum Maßstab machen | 3 |
| Willkommensinitiative muss draußen bleiben | |
| Malteser verbieten Asyl-Info-Team | 4 |
| Interview mit Leuten vom AK Asyl & Migration | |
| Nur Schönrederei statt Problemlösung | 5 |
| Neue Organisation von Klärwerk und Kanalbetrieb | |
| Eigenbetrieb statt Regiebetrieb | 8 |
| AntiFa-Recherche | 10 |
| Haushalt 2016 – die Krise wird zum Dauerzustand | |
| Steuerzahler*innen, zur Kasse bitte! | 11 |
| Meldungen | 12 |
| Laternengespräche | |
| „Kehr endlich um – Tränen Lügen nicht“ | 14 |
| „Ohne Fracking verspielt Deutschland seine Zukunft“ | |
| Fracking: Mende dafür, Linke dagegen | 16 |
| Zu Rommel, Stülpnagel und „77er Straße“ | |
| Wehrmachtsgeneräle sind kein Vorbild | 18 |
| Flüchtlingsrat - Ethnisierung struktureller Missstände | 20 |
| Entlang der Balkanroute – ein Reisebericht | 22 |
| Lageberichte aus dem Landkreis Celle 1933–1945 | |
| Vollstes Vertrauen zum Führer | 26 |
| Gregor Hilden & die UK Allstars im Herzog | 27 |
| Lesung aus den Tagebüchern des Ehepaars Tolstoi | 28 |
| Steuerfrei – Ottos unglücklicher Auftritt | 29 |
| Buntes Haus wird Teil von Freifunk Celle | 30 |
| Ein Film über Mode, Marken und Milliarden | |
| The True Cost – Der Preis der Mode | 31 |
| Interview mit Andrew Morgan | |
| Mode wird zu einem Wegwerfprodukt | 32 |
| Luxemburg-Club: Rojava & Russland | 33 |



Hallo werte Leser*innenschaft,

wie ihr dem Kasten unten entnehmen könnt, hören zwei Mitstreiter*innen bei uns auf. Selbstverständlich gibt es bei Konflikten immer subjektive Sichtweisen, deshalb wollen und müssen wir hier nichts weiter dazu sagen.

Der Rest der Redaktion macht weiter – für eine solidarische Gesellschaft im Hier und Jetzt. Über neue Leute würden wir uns freuen. Wer Lust hat mitzumachen, kann gern auf unserer nächsten öffentlichen Redaktionssitzung am Montag, den 22. Februar, 20.00 Uhr, im Bunten Haus vorbeischaun.

Eure revista

Abschied

Wir steigen aus der Redaktion der Revista aus: aus gesundheitlichen Gründen und Ermüdungserscheinungen, aus persönlichen und politischen Differenzen, wobei letzteres bisher eher eine geringe Rolle spielt.

Nun ist Ende im Gelände: nach vielen, vielen Jahren (Aloys seit der Gründung vor gut 15 Jahren), nach redaktionellen Highlights, nach Demo`s und Veranstaltungen, nach Partys und Spendenkampagnen, nach Verteilaktionen und vielen Bieren – aber eben zum Schluss, seit etwa einem Jahr, auch aus nerv- und schlaftötenden Auseinandersetzungen und tiefen Verletzungen. Letzteres ist für eine kleine Redaktion fast immer „tödlich“. Wer immer für eine solidarische Gesellschaft eintritt, sollte versuchen, sie auch im Hier und Jetzt umzusetzen.

So zerstört sich ein sicherlich gutes Projekt (Eigenlob duftet!) zum Teil halt selbst. Schade!

Tina und Aloys

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Morlock

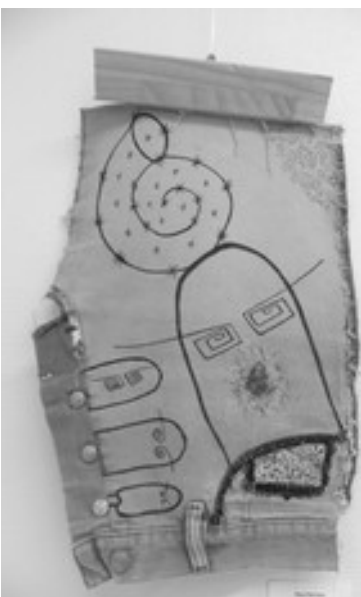
Menschenwürde zum Maßstab machen

„Leider erreichen uns zum Thema Flüchtlinge so viele unangemessene, beleidigende oder justiziable Forumsbeiträge, dass eine gewissenhafte Moderation nach den Regeln unserer Netiquette kaum mehr möglich ist.“

Dieser Satz findet sich häufig unter Artikeln bei Spiegel-Online. Aber die Rassist*innen toben sich nicht nur auf den Social-Media-Plattformen aus. Im letzten Jahr gab es bis zum 28. November 924 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und 1610 rechtsmotivierte Delikte im Zusammenhang mit der „Unterbringung von Asylbewerbern“. Und im neuen Jahr gehen die rassistischen Attacken unvermindert weiter. In vielen ostdeutschen Städten müssen Geflüchtete permanent auf der Hut sein: Pöbeleien und Übergriffe gehören für sie dort zum Alltag.

Bundes- und Landespolitik befeuern diese gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit Asylrechtsverschärfungen, Massenabschiebungen und dem Gerede von „sicheren Herkunftsländern“, zu denen – laut de Maiziere – am besten auch noch Afghanistan gerechnet werden soll.

Die „Zivilgesellschaft“ widersetzt sich diesem rigiden politischen Kurs nicht. Aber sie lässt sich bisher nicht davon abbringen zu helfen. Celle ist dafür ein gutes Beispiel. Organisiert oder informell finden die Geflüchteten viel Unterstützung. Die Bildungsträger haben schnell zusätzliche Sprach- und Integrationskurse ins Leben gerufen. Und auch die von der Stadt Celle organisierten Veranstaltungen im Rahmen des sogenannten Bürgerdialogs bieten eine Plattform für eine rationale Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der Fluchtbewegung nach Deutschland. Die Cellesche Zeitung begleitet diesen Prozess bisher mit einer positiv verstärkenden Berichterstattung. Und bis auf wenige Ausnahmen und „Ausrutscher“ steigt auch „die Politik“ nicht auf die rassistischen Bedrohungs- und Überforderungsdiskurse ein.



Alles gut? Nein. Wichtig wäre, die Geflüchteten weniger als Objekte von integrierenden Maßnahmen und Hilfen zu „behandeln“, sondern als Menschen mit Eigensinn und Interessen. Wir haben den Eindruck, dass dahinter nicht nur ein paternalistischer Reflex steckt, sondern seitens Staat und Verwaltung auch Absicht. Selbstermächtigung und Interessenvertretung ist nicht erwünscht. So je-

denfalls lässt sich der Rausschmiss des AK Asyl & Migration aus dem Lager Scheuen auch erklären (siehe Berichte auf den nächsten Seiten).



In einem Punkt haben sich die Städte und Gemeinden im Landkreis Celle bisher positiv hervorgetan. Sie unternehmen alle große Anstrengungen, die Geflüchteten dezentral unterzubringen. Das ist nicht allein ein Gebot der Menschenwürde, es ist auch eine Barriere gegen Rassismus. Jede Gemeinschaftsunterkunft, jede dauerhafte Lagerunterbringung ist ein Deutungsangebot an Rassist*innen nach dem Motto „Fremde haben nicht die gleichen Rechte“.

Hier wartet eine Aufgabe auf die Zivilgesellschaft: Selbstverständlich müssen die Notaufnahmelager in Scheuen und Wietzenbruch schnellstmöglich dicht gemacht werden. Und selbstverständlich sollte kann sich die Zivilgesellschaft mit guten Argumenten gegen Gemeinschaftsunterkünfte engagieren.

In Stadt und Landkreis Celle gibt es kein Wohnraumproblem. In den letzten 15 Jahren ist die Bevölkerungszahl in der Stadt um fast 2.600 Einwohner*innen zurückgegangen. Die gesamte Landkreis (also einschl. der Stadt) verlor in diesem Zeitraum rund 5.600 Personen.

Bis zum Januar 2016 besteht für die Stadt Celle eine Aufnahmeverpflichtung für 857 Geflüchtete, in den restlichen Gemeinden des Landkreises für 1.326 Geflüchtete. Bis Ende November waren im gesamten Landkreis aufgenommen 1.508, die offene Quote betrug 675 Personen; angesichts des – zumindest in der Stadt – in jeder Straße auffälligen Leerstands kein wirklich ein Problem.

Bilder von Geflüchteten aus der Ausstellung "Auf dem Weg, die noch bis zum 3.2. in der Familienbildungsstätte zu sehen sind; links: "Neue Barriere" (2015) von Adnan Horo aus Syrien; rechts: "Gut und Böse" (2016) von Jevad Begovich aus Montenegro.

Willkommensinitiative muss draußen bleiben

Malteser verbieten Arbeit von Asyl-Info-Team

Seit dem 1. Oktober hatte die „Willkommensinitiative“ des „Arbeitskreis Ausländer“ einmal in der Woche im Notaufnahmelager Celle-Scheuen Flüchtlinge ehrenamtlich zu Fragen des Asylverfahrens informiert. Am 16. Dezember war Schluss damit. Mitten während des Infostandes forderte der Leiter der von den Maltesern betriebenen Einrichtung das sechsköpfige Team auf, das Gelände sofort zu verlassen. Er habe sich bei ihr für die geleistete Arbeit bedankt, sei aber – so die Sprecherin der Gruppe, Cornelia Döllermann-Nölting – eine Begründung für den Rausschmiss schuldig geblieben.

Die Initiative war bei den Geflüchteten auf großes Interesse gestoßen. Sie hatte Dolmetscher*innen für Arabisch, Albanisch, Englisch und Farsi und kam so schnell mit vielen Geflüchteten in Kontakt. Unter anderem verteilte die Gruppe ein vielsprachiges Merkblatt des Informationsverbundes Migration & Asyl, der u.a. getragen wird von AWO, Caritas, Paritätischem und Diakonie.

Als den eigentlichen Grund für die Aussperrung vermutet die Gruppe ihr Engagement für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Seit Eröffnung des Lagers in der zweiten Septemberwoche, befanden sich zeitweise über 80 Kinder und Jugendliche ohne Eltern oder andere Erziehungsberechtigte im Lager.

Für eine große Gruppe afghanischer Jugendlicher forderte das Info-Team immer wieder eine Verbesserung der Situation. Faktisch und rechtlich ging dies nur durch eine kind- bzw. jugendgerechte Unterbringung außerhalb des Lagers. Zuständig hierfür ist das Jugendamt der Stadt Celle, das aber über Wochen keinen rechtskonformen Zustand herstellte. Der niedersächsische Flüchtlingsrat hat der Stadt deshalb die Missachtung von Kinderrechten vorgeworfen. Bis zum Tag ihres Rausschmisses hatte die Initiative es immerhin erreicht, dass fast alle unbegleiteten Kinder und Jugendlichen in stationären Jugendeinrichtungen oder einzelne in Pflegefamilien untergebracht waren.

Über das Versagen des Celler Jugendamtes hatte „Die Tageszeitung“ (taz) in ihrer „Nord“-Ausgabe ausführlich bereits am 23. November berichtet. Die Pressemitteilung des Niedersächsischen Flüchtlingsrates fand zusätzlich Eingang in die Berichterstattung von CZ und HAZ.

Das war wohl die „Unruhe“ von der Michael Lukas, Pressesprecher der Malteser, nach dem Rausschmiss gegenüber der taz sprach. Deshalb habe man beschlossen, vom Hausrecht Gebrauch zu machen: „Wir fanden die Zusammenarbeit mit der Gruppe zuletzt nicht nur konstruktiv.“

Aus Sicht von Döllermann-Nölting ist der verhängte Maulkorb skandalös: „Die Geflüchteten sind verunsichert und haben kaum Kenntnisse über die Institutionen

und das Asylantrags-Verfahren. Die Malteser betreiben die Einrichtung im Auftrag und auf Kosten des Landes Niedersachsen. Es würde mich schon interessieren, wie das Innenministerium diesen Vorgang bewertet. Will man auch dort der Beratung von Geflüchteten einen Riegel vorschieben? Wir finden das völlig inakzeptabel und erwarten eine Rücknahme der Entscheidung.“

Die Initiative hat währenddessen die Arbeit vor dem Lager wieder aufgenommen. Und sie informiert inzwischen auch Geflüchtete in der vom DRK betriebenen Notunterkunft auf dem Gelände der Immelmann-Kaserne in Wietzenbruch.



Über 45.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland

Der Bundesfachverband umF schätzt, dass im letzten Jahr über 45.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Durch die seit dem 1.11.2015 geltende Quoten-Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sind bundesweit alle Kommunen aufgefordert, angemessene Einrichtungen aufzubauen, Personal einzustellen und zu qualifizieren sowie die Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sicherzustellen. Auch wenn es großes Verständnis dafür gibt, dass nicht überall ad hoc Personal, Träger und geeignete Räumlichkeiten gefunden werden können, dürfen sich Notunterbringungen und Standardabsenkungen nicht verstetigen, so Niels Espenhorst vom Bundesfachverband umF.

Gegenwärtig werden viele Minderjährige nicht adäquat in der Jugendhilfe untergebracht. Zudem werden in vielen Städten unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht wie gesetzlich vorgeschrieben in Obhut genommen, erhalten keine angemessene Betreuung, keine ausreichenden Gesundheitsleistungen, keinen unmittelbaren Zugang zum Bildungssystem und keine rechtliche Vertretung in Form eines Vormunds. Die bloße Verteilung wird dieses Problem nicht lösen. Sondern es braucht einen massiven Ausbau von Infrastruktur.

Nur Schönrederei statt Lösung des Problems

Zum Rausschmiss der Willkommensinitiative des AK Ausländer aus der Flüchtlingsunterkunft Scheuen und zu den dort gemachten Erfahrungen sprachen wir mit zwei Mitgliedern der Gruppe.

?: *Deutschland feiert sich seit Monaten als Land einer zivilgesellschaftlichen Willkommenskultur. Aber offensichtlich ist nicht alles willkommen. Wie würdet ihr euren Rausschmiss da einordnen?*

!: Vieles ist nicht willkommen. Es sollen nicht so viele Flüchtlinge sein, und bestimmte Gruppen – also jene, die aus den von CDU/CSU, SPD und Bündnisgrünen als „sicher“ definierten Herkunftsländer kommen – sind alles andere als willkommen. Willkommen sind vor allem jene Initiativen, die das Verwaltungsversagen auffangen. Also jene, die Deutschunterricht erteilen, Kinder betreuen und Kleiderspenden sammeln und verteilen. Jeder politische Ansatz aber wurde von Beginn an misstrauisch beäugt.

?: *Ihr seid ja aber zunächst in das Lager in Scheuen hineingekommen.*

!: Im Nachhinein ist das vielleicht erstaunlich. Aber eigentlich sollte es doch eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Geflüchteten unabhängig über das Asylverfahren und ihre Rechte informiert werden.

?: *Welche Erfahrungen habt ihr in eurer Arbeit gemacht?*

!: Vielleicht erzähle ich zunächst, wie wir die Sache angegangen sind. Wir haben einmal in der Woche in der großen Halle, in der das Essen ausgegeben wird, einen Infostand aufgebaut. Da haben wir ein selbstgemaltes Transparent mit der Aufschrift „Basic-Informationen for Asylum-Seekers“ aufgehängt. Und dann hatten wir Merkblätter zum Asylverfahren in unterschiedlichen Sprachen dabei. Damit haben wir dann bestimmt 80-90 Prozent der Personen bzw. Familien im Lager erreicht. Ganz wichtig war aber, dass wir immer Übersetzer*innen für Arabisch, Farsi, Albanisch und Englisch in unserer Gruppe hatten. Das heißt: Wir waren ansprechbar.

?: *Farsi?*

!: Die Geflüchteten aus Afghanistan sprechen Farsi.

?: *Mit welchen Fragen und Problemen sind die Menschen auf euch zugekommen?*

!: Wir haben schnell gemerkt, dass es große Unkenntnis über das deutsche Asylverfahren gibt. Drängender aber waren fast andere Fragen überlagert: Wie geht es für mich weiter? Wann komme ich aus dem Lager raus? Was passiert dann mit mir?

?: *Lassen sich diese Fragen überhaupt beantworten?*

!: Du hast Recht. Das lässt sich nur sehr allgemein be-

antworten. Und wir sitzen ja auch nicht an der Quelle der erforderlichen Informationen. Ich denke, dass das eine Aufgabe der Landesaufnahmebehörde ist. Aber wir haben nicht den Eindruck gewinnen können, dass auch nur versucht wird, den Menschen auf diese drängenden Fragen Antworten zu geben.

?: *Was ist die Landesaufnahmebehörde?*

!: Die Malteser betreiben im Auftrag des Landes Niedersachsen die Notaufnahmeeinrichtung. Sie sind damit im wesentlichen zuständig für die Unterbringung, Verpflegung und Bekleidung. Die sogenannten hoheitlichen



Aufgaben liegen bei der Landesaufnahmebehörde. Die hat einen Sitz in Braunschweig und in Scheuen wird mit mobilen Teams gearbeitet. Da liegt also die Zuständigkeit für Registrierung, Asylantrag und Verteilung auf die Kommunen.

?: *Und was könnt ihr den Geflüchteten sagen?*

!: Mit dem sogenannten Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, das am 23.10.2015 in Kraft getreten ist, wurde die Höchstdauer der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen von drei auf sechs Monate erhöht. In Scheuen gibt es jetzt aber einen ersten Erfahrungswert: Fast alle, die im September und Oktober gekommen sind, waren im Dezember auf Kommunen verteilt. Die Registrierung und Asylantragstellung ist völlig intransparent. Es gab einen eher provisorischen Ausweis der Landesaufnahmebehörde. Darüber, wann die wichtige „Anhörung“ im Verfahren stattfinden wird und wann über einen Asylantrag entschieden wird, lässt sich eigentlich nichts sagen, außer dass es noch Monate dauern kann.

?: *Die Geflüchteten leben also mit einer großen Unge-*

wissheit hinsichtlich ihrer Zukunft?

!!: Ja. Das bedrückt viele. Insbesondere, wenn sie auf Familiennachzug hoffen oder im Bundesgebiet in die Nähe von Verwandten kommen wollen.

?: *Bekommen die Geflüchteten eigentlich etwas mit von den Gesetzesverschärfungen bzw. den politischen Diskussionen?*

!!: Oh ja. Am Tag, nachdem Innenminister de Maizière verkündet hatte, er halte Afghanistan für sicher und mit Abschiebungen drohte, gab es bei uns am Stand fast nur dieses Thema. Und da mussten wir dann versuchen, deutlich zu machen, dass eine solche Äußerung nicht notwendigerweise Konsequenzen haben muss. Aber wir haben gleichzeitig darauf hingewiesen, dass es deshalb für Leute aus Afghanistan sinnvoll ist, rechtzeitig vor ihrer Anhörung einen Anwaltskontakt herzustellen.

?: *Und solche Tipps werden wahrscheinlich auch nicht gern gesehen.*

!!: Das kann ich nicht sagen. Aber Leute von der Security im Lager haben uns schon dahingehend angemacht, wir würden unseren Job ja wohl darin sehen, die Geflüchteten im Land zu behalten.

?: *Wie seid ihr damit umgegangen?*

!!: Das war für uns ein Nebenschauplatz. Aber leider ist es so, dass Teile des Security-Personal, insbesondere auch bei unserem Rausschmiss, aus ihrer Gesinnung kein Hehl machten. Und ob diese Gesinnung voll und ganz auf dem Boden des Grundgesetzes anzusiedeln ist, wage ich zu bezweifeln.

?: *Mit was für Problemen wart ihr sonst noch konfrontiert?*

!!: Wie gesagt, wir sind auf viele Fragen angesprochen worden. Zum Beispiel von einer Familie, deren eine Tochter mit gravierenden Rückenschmerzen zu kämpfen hatte, aber nicht einmal Schmerzmittel bekam. Wir haben das den Maltesern mitgeteilt und gleichzeitig die Landesaufnahmebehörde angemault. Und in der Woche drauf war die Familie auf eine Gemeinde verteilt, wo – wie wir hoffen – endlich eine Behandlung beginnen kann.

Etliche Geflüchtete hatten ziemliche Illusionen über Möglichkeiten und Geschwindigkeit von Familiennachzug. Da können wir zumindest etwas zur Rechtslage sagen und auf Rechtsanwält*innen verweisen, ohne die das alles doch recht kompliziert ist.

?: *Ist das dann die Unruhe, von der die Malteser sprechen?*

!!: Das wissen wir nicht. Sie könnten sich doch eigentlich über die Weiterleitung solcher Informationen freuen, weil es offensichtlich ein Problem gibt: Es gibt mehr Security-Personal als Dolmetscher*innen. Aber nur wenn die Verständigung gelingt, kann man überhaupt auf Probleme aufmerksam werden.

?: *Der Rausschmiss hat eures Erachtens aber mit dem Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu tun. Wie das?*

!!: Ziemlich schnell hat eine große Gruppe afghanischer Jugendlicher Kontakt zu uns aufgenommen. Und wir haben gemerkt, die allermeisten von ihnen sind unter 18 Jahre alt und ohne Eltern unterwegs. Auf einer Veranstaltung mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat ist uns dann klar geworden, dass die Stadt Celle hier ihrer Verantwortung absolut nicht gerecht wird. Die Minderjährigen, da waren ja auch 13- und 14-Jährige darunter, hätten längst aus dem Lager herausgeholt werden müssen. Aber bis weit in den November hinein tat sich nichts. Da waren einzelne schon über zwei Monate im Lager.

?: *Vielleicht erläutert ihr kurz, wie die rechtliche Situation sich darstellt.*

!!: Für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ – das ist so der Fachbegriff, abgekürzt UmF – gilt vorrangig das Kinder- und Jugendhilferecht. Das heißt, das Kindeswohl steht an oberster Stelle. Und da braucht man ja aber auch nicht das Gesetz bemühen. Für unbegleitete Kinder ist so ein Lager wie in Scheuen mit teilweise über tausend Menschen kein sicherer Ort und vor allem kein Ort, an dem diese Kinder und Jugendlichen in Ruhe ankommen können.

?: *Und da wäre die Stadt Celle gefordert gewesen?*

!!: Ja. Bis zum 1. November galt das Prinzip der Unterbringung am Ankunftsort. Seitdem wird über eine Quotenregelung bundesweit verteilt. Aber ganz klar: Für die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen in Scheuen war das Jugendamt der Stadt zuständig. Das ist aus unserer Sicht verpflichtet gewesen, die Kinder und Jugendlichen sofort aus dem Lager herauszuholen und in Pflegefamilien oder stationär in Wohngruppen unterzubringen. Es ist klar, das das keine einfache Aufgabe war. Aber das nach außen permanent Schönzureden ist eben das Gegenteil davon, das Problem tatsächlich zu lösen. Also nicht immer wie Stadtrat Kassel sagen: „Wir kriegen das hin“, sondern öffentlich den Notstand erklären und Hilfe erbiten.

?: *Und wieso wurdet dann ihr gewissermaßen zum Problem?*

!!: Wir waren offenbar nervig. Wir haben von den Verantwortlichen, also insbesondere Stadtrat Kassel, gefordert, dass endlich etwas passieren muss. Und nachdem den Kindern und Jugendlichen gegenüber und auch uns gegenüber nichts Konkretes bzw. sogar Falschinformationen kamen, haben wir den Niedersächsischen Flüchtlingsrat und ein paar Kommunalpolitiker*innen informiert. Der Flüchtlingsrat hat dann der Stadt in einer Pressemitteilung die Missachtung von Kinderrechten vorgeworfen. Und von Behiye Uca von der Ratsfraktion Die Linke/BSG gab es eine Pressemitteilung. Aber enttäuschenderweise kam aus den Reihen der Kommunalpolitik ansonsten nichts.

??: Die Verantwortung liegt also bei der Stadt und nicht bei den Malteser. Aber die haben euch doch rausgeschmissen.

!!: Könnt ihr euch nicht vorstellen, wie das läuft? Wir schon.

??: Nach dem Rauschmiss macht ihr draußen vor der Tür weiter. Wie sieht das aus?

!!: Wir fordern vom Land Niedersachsen, dass es die Malteser veranlasst, uns wieder unsere Info-Arbeit im Lager machen zu lassen. Aber erst mal stehen wir tatsächlich auf der Straße, wo wir selbstverständlich viel weniger Leute erreichen und es im Winter auch nicht so angenehm ist. Aber ein Unruhefaktor bleiben wir. Gleich beim ersten Mal, als wir da waren, machte eine kurdische Familie aus dem Irak einen Sitzstreik vor dem Lagertor, weil sie rein wollte zu einer Verwandten, aber nicht reingelassen wurde. Es war am Tag vor Heilig Abend. Da sitzt eine Familie vor dem Tor der Malteser – zwei kleine Kinder, die Frau mit einem Baby im Arm – und wird nicht reingelassen. Sie wurde aufgefordert nach Braunschweig zu fahren. Wir haben die Security gebeten, der Familie wenigstens Decken zur Verfügung zu stellen und für eine Entscheidung mal Verantwortliche hinzuzuziehen. Das zog sich fast eine Stunde hin, bis die Familie unter anderem auf unser Drängen hin endlich ins Lager hineingelassen wurde. Und dann liest man am nächsten Tag eine Pressemitteilung der Malteser über die Weihnachtsfeier im Lager mit der Überschrift „Bethlehem liegt bei Celle“ und denkt, man ist im falschen Film.



„Die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen [...] widerspricht den gesetzlichen Vorgaben.“

Nach § 42 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII sind Jugendämter explizit gesetzlich verpflichtet, unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte in Deutschland aufhalten.

§ 42 Abs. 1 SGB VIII definiert die Inobhutnahme als vorläufige Unterbringung eines Kindes oder Jugendlichen bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder einer sonstigen Wohnform. All diese Unterbringungsformen müssen im Hinblick auf eine Krisenintervention v.a. personell und sachlich angemessen ausgestattet sein.

In der Praxis werden die Vorgaben des SGB VIII jedoch teils nicht beachtet. So werden mancherorts männliche 16- bis 17-jährige umF in Jugendtrakten von Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht, die den Standards der Jugendhilfe nicht genügen. In manchen Bundesländern werden über 16-jährige umF zunächst in die zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen gebracht und verbleiben dort zumindest für einige Tage. [...]

Im Rahmen der Inobhutnahme ist das Jugendamt nach § 42 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII verpflichtet, die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen. [...]

In Deutschland gibt es klare gesetzliche Vorschriften, nach denen umF immer in Obhut zu nehmen und damit in geeigneten kindgerechten Wohnformen unterzubringen sind. Die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende ist damit ausgeschlossen und widerspricht den gesetzlichen Vorgaben.

Der Deutsche Caritasverband fordert, alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter 18 Jahren, die nach Deutschland einreisen, entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 42 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII unverzüglich durch das Jugendamt in Obhut zu nehmen. Dabei muss die/der Jugendliche von Beginn an in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht werden, die kindgerecht ist, am ehesten den individuellen Bedürfnissen des/der Betroffenen entspricht und in welcher eine angemessene Betreuung gewährleistet ist.

Für unbegleitete Kinder kommt die Unterbringung in einer Pflegefamilie (Vollzeitpflege, § 27 i. V. m. § 33 SGB VIII), in einer Einrichtung der Heimerziehung oder sonstigen betreuten Wohnform (§ 27 i. V. m. § 34 SGB VIII) sowie intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 27 i. V. m. § 35 SGB VIII) in Betracht. [...]

Auch im Rahmen der Folgeunterbringung müssen für umF kinder- und jugendgerechte Standards vorliegen, die weiterhin der Minderjährigkeit der Betroffenen Rechnung tragen. Folglich darf auch in diesem Rahmen keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (GU) erfolgen.

aus: Fluchtpunkte. Fakten - Positionen - Lösungen. Themenheft: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, hg. vom Deutschen Caritasverband, S. 17-19.

Eigenbetrieb statt Regiebetrieb

Eine Privatisierung der Celler Abwasserwirtschaft konnte eine breite Bewegung vor drei Jahren verhindern. Jetzt steht aber doch eine organisatorischen Veränderung bevor. Die Abwasserwirtschaft soll in einen sogenannten Eigenbetrieb ausgegliedert werden. Für die Beschäftigten bringt dies kaum Veränderungen. Ob auf die Bürger*innen allerdings Mehrkosten bei Abwasser und Niederschlagswasser zukommen, ist offen. Da man sich in der Verwaltungsspitze eine Entlastung des Kernhaushalts erhofft, ist dies zumindest nicht unwahrscheinlich. Gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke/BSG beschloss der Stadtrat in seiner Dezembersitzung jedoch die Umgestaltung zum 01.01.2017.

Kurzer Rückblick

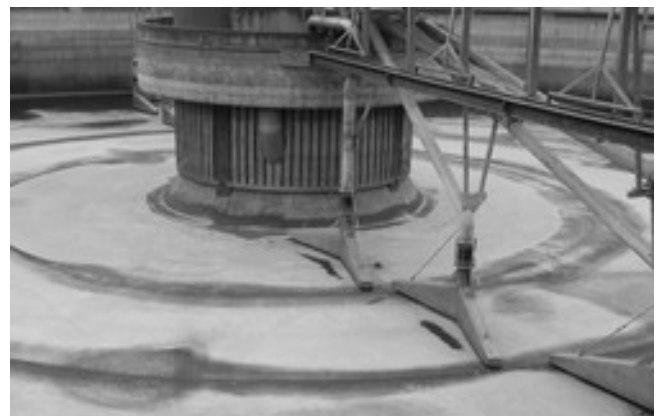
Im Jahr 2012 hatte Oberbürgermeister Mende über Monate geheime Gespräche mit der Gelsenwasser AG geführt. Im Januar 2013 wurde öffentlich, worum es ging: Privatisierung der Abwasserversorgung. Im März 2013 gaben die Ratsfraktionen von CDU und SPD dem Ansinnen einer Ausgliederung grundsätzlich grünes Licht. Dagegen wandte sich das von attac ins Leben gerufene Wassernetzwerk Celle. Dessen Forderung: „Die Abwasserwirtschaft in Celle, Klärwerk und Kanalbetrieb, muss weiterhin zu 100 % Eigentum der Stadt Celle und damit vollständig in kommunaler Verantwortung bleiben. Jede Form von Privatisierung oder Teilprivatisierung wird ausgeschlossen.“ Die öffentlichkeitswirksame Kampagne zeigte Wirkung: Im September war die Teilprivatisierung mit der Gelsenwasser AG als Partner vom Tisch. Mendes neues Ziel: „eine Verlagerung von Aufgaben des Abwasserbereichs“ an die Stadtwerke GmbH. Die SPD stellte dafür einen Prüfantrag, der aber nie in einem Ausschuss behandelt wurde. Die miserable Haushaltssituation hatte zwischenzeitlich zu einem gutachterlichen Auftrag an die „Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ (KGSt) geführt, in dessen Rahmen auch der Bereich der Abwasserwirtschaft betrachtet werden sollte. Als Ergebnis kam der Prüfauftrag Nr. 232 heraus: Die Verwaltung soll ermitteln, „ob durch die Überführung/Umorganisation des Fachdienstes Klärwerk und Kanalbetrieb in eine andere Organisations- und Betriebsform positive Effekte für die Haushaltskonsolidierung erzielt werden können.“

Nichts Genaues weiß man nicht

Seit August 2015 war eine stadtinterne „Arbeitsgruppe Betriebsform des Fachdienstes Klärwerk und Kanalbetrieb“ mit dieser Fragestellung befasst. Geprüft wurden dabei der klassische Regiebetrieb, der Eigenbetrieb, die Anstalt des öffentlichen Rechts sowie zwei Formen der GmbH. Ergebnis: „Bereits aus der Bewertung systemimmanenter Vor- und Nachteile ohne zahlenmäßige Detaillierung ergab sich eine klare Präferenz für den Ei-

genbetrieb. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Präferenz im Verlauf der Umsetzungsarbeiten bestätigen wird.“ Zu den finanziellen Auswirkungen allerdings „können daher zum jetzigen Zeitpunkt noch keine validen Aussagen [...] getroffen werden.“

Nichts Genaues weiß man nicht. Ein Detaillierungsgrad würde sich im Verlauf des Gründungsprozesses entwickeln. Irgendwie ist das nicht einmal ein Fahren auf Sicht. Trotzdem schaffte es die Bewertungsgruppe den *Eigenbetrieb* mit 795 Punkten deutlich vor der *Anstalt des öffentlichen Rechts* (675 Punkte) und dem *Regiebetrieb* (550 Punkte) zu platzieren.



Regiebetrieb oder Eigenbetrieb

Aktuell ist die Organisationsform der Abwasserwirtschaft in der Stadt Celle die eines *Regiebetriebs*. Alles rund um Klärwerk und Kanalbetriebe ist vollständig in die Stadtverwaltung integriert: rechtlich, organisatorisch und auch finanzwirtschaftlich. Einnahmen fließen unmittelbar in den kommunalen Haushalt, und Ausgaben werden unmittelbar daraus bestritten. Die Betrachtung als *Regiebetrieb* hat dabei folgenden Hintergrund: Aus allen der Abwasserwirtschaft, also diesem „Betrieb“ zuzurechnenden Ausgaben ergibt sich die vom Rat per Satzung erhobene Abwassergebühr (bzw. neuerdings auch die der Niederschlagswassergebühr). Dies muss kostendeckend erfolgen. Die Stadt darf auf dieser Berechnungsgrundlage aus den Gebühren weder Gewinn, noch Verlust machen.

Der sogenannte *Eigenbetrieb* ist im Unterschied zum *Regiebetrieb* organisatorisch selbständig. Er erbringt eine klar definierte Aufgabe. Die wirtschaftliche Selbstständigkeit drückt sich aus in einer Trennung vom Kernhaushalt der Stadt, d.h. einem eigenem Rechnungswesen, Wirtschafts- und Stellenplan. Eine „Betriebsleitung“ verantwortet die Geschäfte. Ein „Betriebsausschuss“ übernimmt Aufgaben des Rates und des Verwaltungsausschusses. Maßgeblich zur Führung des Eigenbetriebes ist die Betriebsatzung, die Rechte und Pflichten im Verhältnis Kommune und Eigenbetrieb festlegt.

Vorteile beim Eigenbetrieb?

In der Nutzwertanalyse lag die Organisationsform *Eigenbetrieb* klar vor dem *Regiebetrieb*. Das hängt damit zusammen und davon ab, welche Faktoren wie gewichtet wurden. Mit 30 % bewertet wurden „*Positive Effekte für das HSK* [= Haushaltskonsolidierungskonzept] *und die Haushaltskonsolidierung*“. Und obwohl keine detaillierten Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen getroffen werden konnte, resultiert allein aus diesem Aspekt ein Vorsprung von 150 Punkten zugunsten des Eigenbetriebs im Vergleich mit dem Regiebetrieb. Weitere 60 Punkte ergaben sich beim Aspekt „*Verbesserung der Strukturen*“. Dabei geht es darum, Entscheidungswege flexibler zu gestalten. Selbstverständlich ist eine solche Bewertung ein Armutszeugnis für eine Verwaltungsspitze, die sich nicht zutraut, dies intern umzusetzen.

Positive Effekte für den städtischen Haushalt entstehen – so mutmaßt die Arbeitsgruppe – „*aus der Abrechnung von Leistungsbeziehungen zwischen Eigenbetrieb und Kernverwaltung*“. Die dahinterstehende Idee: Der *Eigenbetrieb* nimmt Dienstleistungen der Stadt im Personal-, EDV-, Rechtsbereich oder der Stadtkasse in Anspruch und muss diese vergüten. Die Stadt hat dadurch zusätzliche Einnahmen. Der *Eigenbetrieb* hat bisher nicht angefallene Ausgaben, die den Gebührenzahler*innen in Rechnung gestellt werden können. Und wörtlich: „*Hier hat die Stadt Celle insoweit eine „Stellschraube“ durch die Ausgestaltung der Erstattungsmodalitäten.*“

Bei einer Ausgliederung der Abwasserwirtschaft werden künftig Investitionen für diesen Bereich nicht mehr im Kernhaushalt abgebildet. Davon verspricht man sich, dass der Handlungsrahmen an anderen Stellen wächst. Anders gesagt: Man hofft, an anderer Stelle mehr investieren zu können – letztlich allerdings ist dies kaum mehr als ein Bilanztrick.

Gebühren – Wünsch Dir was

Gebührenwirksam wird eine weitere Bilanztechnik: Der Eigenbetrieb soll eine Verzinsung des aus dem Kernhaushalt im Betrieb eingelegten Eigenkapitals leisten. Wörtlich hierzu der Bericht: „*Diese Verzinsung wird durch die Gebührenzahler erbracht und ist an den Kernhaushalt abzuführen, ohne dass dem Kernhaushalt direkt korrespondierender Aufwand entsteht.*“

Es entstehen also Mehrkosten, die den Gebührenzahler*innen aufgehalst werden. Trotzdem schneidet der Eigenbetrieb auch in dieser Betrachtung besser ab. Die „*Argumentation*“ ist kaum mehr als ein „*Wünsch-dir-was*“: „*Die [...] dargestellten Mehrkosten sind durch entsprechende Maßnahmen überzukompensieren. Die Betriebsatzung ist entsprechend zu gestalten. Die Gebühren haben daher mindestens gleich zu bleiben – nach Möglichkeit sollte aber eine Absenkung oder zumindest eine dauerhafte Stabilität im Fokus stehen.*“

Wer mutmaßt, dass die Gebühren künftig kräftiger ansteigen als bei der bisherigen Betriebsform, dürfte nicht so falsch liegen.



Gefahr „Sondervermögen“

Bundesweit gibt es bei den Organisationsformen der Abwasserbeseitigung einen Trend zum Übergang von der Rechtsform des Regiebetriebs hin zum Eigenbetrieb. Nach den Ergebnisse einer in 2013 durchgeführten Umfrage der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. wird die Abwasserwirtschaft inzwischen bei weniger als 10 % der Einwohner*innen durch *Regiebetriebe* erledigt, bei rund einem Drittel durch *Eigenbetriebe*. Aber was ist mit dem Rest? Es sind vor allem *Zweckverbände* und *Anstalten öffentlichen Rechts*. Aber ein kleines, aber wachsendes Segment sind Kooperationen mit privaten Gesellschaften.

Für jede Form von Privatisierung ist der *Eigenbetrieb* weit attraktiver als der *Regiebetrieb*. Dies hängt zusammen mit dem „*Sondervermögen*“, das gebildet werden muss. Für den *Eigenbetrieb* werden als Sondervermögen alle dazugehörigen Grundstücke, Gebäude und Betriebsanlagen aufgelistet, dazu die Rohrleitungen und Kanäle, die Maschinen und Anlagen. D.h.: Wer privatisieren will, kann den Interessent*innen ein übersichtliches Exposé anbieten. Noch vor einem Jahr hatte die Gewerkschaft ver.di in einem Flugblatt gewarnt:

„*Ein Eigenbetrieb bekommt eine Geschäftsführung, die auch eigenständig im Rahmen des öffentlichen Haushaltsrechts wirtschaften muss. Die Verantwortung der Politik, ggf. Defizite zu tragen, oder aber falsche Entscheidungen zu korrigieren, wird massiv abgeschwächt. Ein Eigenbetrieb kann die Vorstufe zur Privatisierung sein. Ist ein Eigenbetrieb erst einmal ausgegliedert, scheint die Kosten/Nutzenberechnung einfacher zu sein und der Preisdruck durch Privatbetriebe wird noch offensichtlicher. Sollte die Stadt dann noch für andere Bereiche Geld benötigen, liegt es nahe, den wertvollen Bestand an Gebäuden, Fahrzeugen, Maschinen, Arbeitskräften und Know-how an einen Privatinvestor zu verkaufen: Der langfristig von den Bewohnern der Gemeinde geschaffene Reichtum wird zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern versilbert!*“

Eine endgültige Entscheidung in Sachen *Eigenbetrieb* fällt erst mit dem Ratsbeschluss über eine Betriebsatzung – wahrscheinlich noch vor der Sommerpause. Ein bisschen Zeit für kritische Fragen also bleibt.

Sonnwendfeier bei Nahtz

Lautstarker Protest

(19.12.2015) Wieder fand eine Wintersonnwendfeier der Nazis bei Joachim Nahtz in Eschede statt und wieder demonstrierten gut 100 Menschen dagegen. Bei den Redebeiträgen standen diesmal die Naziaktivitäten im Landkreis Celle seit den 1970er Jahren sowie die Hauptakteure auf Hof Nahtz im Mittelpunkt.

Dabei wurde mehr als deutlich, dass es sich bei diesen Treffen aus Hof Nahtz eben „*nicht um harmloses Weihnachtswichteln*“ handelt, wie das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus in seiner Pressemitteilung formulierte.

In den Beiträgen kam auch rüber, dass die Aktiven aus dem Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus langsam die Geduld verlieren. Sicher – im Vergleich zu früheren Jahren ist die Antifa-Demonstration den Nazis schon etwas mehr auf dem Pelz gerückt. Aber es sind doch noch über zwei Kilometer Abstand zwischen der Kundgebung und dem Adressaten des Protests, dem Hof Nahtz. Die Straße, die dahin führt ist eine öffentliche – umso weniger Verständnis haben die Aktiven aus dem Netzwerk, dass es nicht Möglich sein soll, den Nazis ihren Protest direkt darzubringen.



Das, was von offizieller Seite gemacht wird, um den Nazis in ihre braune Suppe zu spucken, wirkt etwas hilflos: Die Feuerstelle wird dahingehend kontrolliert, ob sie den Auflagen entspricht. Naja, mag ja seine Berechtigung haben, wenn man bedenkt, dass die „Kameraden“ 2014 beim Verbrennen von Müll die Scheune von Nahtz abgefackelt haben. Aber es gäbe doch wohl andere Möglichkeiten des Einschreitens, und das wurde bei der Kundgebung von den Verantwortlichen gefordert.

Und wenn die Behörden der Meinung sind, es gäbe keine Rechtsgrundlage, um den Nazis ihre Feiern zu verbieten, so könnten sie doch dazu beitragen, dass die Demonstrant*innen ihnen die Feiern wenigstens zu vermiesen.

Wenn die Demonstrationen in Hör- und Sichtweise von Hof Nahtz stattfinden könnten, wäre den Nazis endlich wirklich die Ruhe genommen. Dafür müssten die Behörden keine Gesetze brechen – im Gegenteil, sie könnten sich mal dafür stark machen, dass das hohe Gut der Versammlungsfreiheit, geschützt vom Grundgesetz, mal unbehindert wahrgenommen werden kann! Es ist ja nett, immer zu sagen, wie wichtig der Protest in Eschede ist – aber es bleibt doch nur eine Floskel wenn nichts getan wird, dass der Protest endlich sein Ziel erreicht.

Dennoch war die Stimmung gut am 19.12., die Kundge-

bung war dieses mal recht laut, zumindest wenn Nazis in Sichtweite kamen, und es war nicht so bitter kalt, wie in den Jahren zuvor. Und alle betonten: Es geht weiter!

Leider wurde im Nachhinein bekannt, dass es Übergriffe von Nazis auf abreisende Demonstrationsteilnehmer*innen am Escheder Bahnhof gegeben haben soll.

Softair-Ballerei in Neubarnbostel

Dennis Pirch ist in Hermannsburg schon lange als „Rechter Kamerad“ bekannt. So war er beispielsweise 2009 an der Besetzung des Ehemaligen Landhotels Gerhus beteiligt, gemeinsam mit Kameraden der damaligen Celler Kameradschaft und der Neonazigruppe „Besseres Hannover“, deren beiden „Chefs“ gerade Ende letzten Jahres wegen Volksverhetzung verurteilt wurden. Pirchs Internetseite (hornet-airsoft-celle.yooco.de/) wird von Roman Greifenstein aus Munster betreut. Dieser ist in Hermannsburg ebenfalls ein „alter Bekannter“: Er nahm an der Hetendorfer Tagungswoche teil und verübte einen Überfall auf eine Privatparty in Hermannsburg, für den er im August 1997 zu einer Strafe zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde, wobei eine achtmonatige Bewährungsstrafe mit einfluss. 2012 war er Landtagskandidat der NPD in Munster.

Die Internetseite ist schlichtweg gruselig. Und auch wenn die Betreiber behaupten, sie wären weder „*politisch radikal, noch geistig labile Waffenfanatiker*“, so entsteht doch der gegenteilige Eindruck.

Alleine die vorgeschriebene Ausrüstung, die jeder „*Interessent*“ mitbringen muss, deutet auf mindestens eine paramilitärische Gruppe hin. Sie haben halt einfach nur Spaß am Mannschaftssport, steht auf der Internetseite. Naja, Wehrsport wird von „*politisch Radikalen und geistig labilen Waffenfanatikern*“ ja auch als Mannschaftssport betrachtet. Und dann noch: Bei der Gestaltung ihres Wappens nehmen sie deutlichen Bezug zu dem Ausbildungszentrum Infanterie in Hammelburg, im März 1997 wurde bekannt, dass Soldaten während einer Ausbildung für Kriseneinsätze 1996 in Hammelburg Videos mit abstoßenden Gewalt- und Naziszenen gedreht habe.

Celler Nazis demonstrieren in Berlin

An einer fremdenfeindlichen Demonstration der AFD unter dem Motto „*Asyl braucht Grenzen. Rote Karte für Merkel*“ am 7.11.2015 in Berlin beteiligten sich auch Celler Neonazis. Dabei waren unter anderem alte Bekannte von der "Kameradschaft 73" Dennis Bührig und Tim Knoch (links) und sowie der aus Wathlingen stammende Kevin Nowak (rechts).



Steuerzahler*innen werden zur Kasse gebeten

Wäre die Stadt Celle ein „Konzern“, wäre sie pleite. Es ist nicht absehbar, dass die Einnahmen mal wieder die Ausgaben übersteigen. Mit rund 16 Millionen Euro Minus im Haushaltsjahr 2016 soll zwar der Tiefpunkt erreicht sein – aber wahrscheinlich gilt doch eher das Motto, das Oliver Müller seiner Haushaltsrede voranstellte: *„Und aus dem Chaos sprach eine Stimme zu mir: >Lächle und sei froh! Es könnte schlimmer kommen.< Und ich lächelte, war froh, und es kam schlimmer.“*

Die Misere ist in Teilen hausgemacht, eine enorme Verschärfung rührt aber daher, dass die in Celle ansässige Erdölzulieferindustrie kaum noch Gewerbesteuer zahlt. Grund Nummer 1 dafür ist der Preisverfall beim Erdöl. Daneben gibt es Gerüchte in Richtung „Steuerflucht“, von der auch ein großes Celler Unternehmen einer anderen Branche ausgiebigst Gebrauch machen soll.

Ergebnis: Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer fallen im nächsten Jahr um rund 20 Millionen Euro niedriger aus als erwartet.

Oberbürgermeister Mende und sein neuer Kämmerer Thomas Bertram gaben als „Lösung“ vor, die Steuern zu erhöhen sowie bei Personal- und Sachausgaben pauschal zu kürzen.

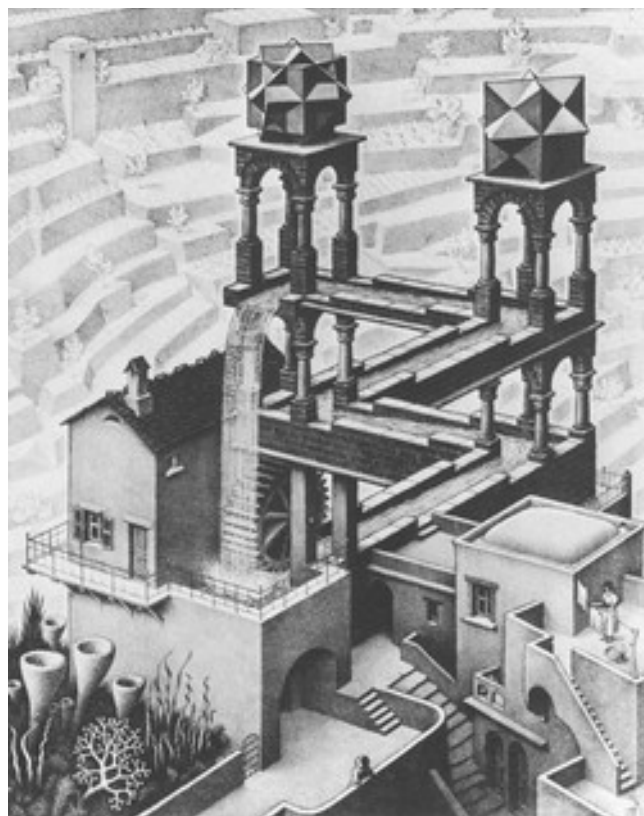
Von der SPD-Ratsfraktion sind wir seit langem nichts anderes gewohnt sind, als eine bedingungslose Hörigkeit gegenüber den Vorgaben „ihrers“ Oberbürgermeisters. Dagegen kann die Zustimmung der CDU-Ratsfraktion überraschen. Sie ging mit ihrer Zustimmung in die Falle, die Mende/Bertram mit ihren „Wünschen“ nach noch mehr Erhöhung aufgestellt hatten. So wurden es letztlich nicht 40, sondern nur 30 Hebesatz-Punkte bei der Gewerbesteuer, und statt 80 nur 50 Hebesatzpunkte bei der Grundsteuer B. So fand sich relativ problemlos eine Koalition der Krisenverwalter.

Aus der Erhöhung um 30 %-Punkte von 410 % auf 440 % in der Gewerbesteuer resultieren Mehrerträge im Jahr 2016 von 2.758.500 Euro, die Erhöhung der Grundsteuer B um 50 %-Punkte von 440 % auf 490 % führt zu Mehrerträgen pro Jahr von 1.296.500 Euro. Letzteres trifft über die Möglichkeit der Verlagerung auf Mieter*innen im Grunde genommen alle.

Oliver Möller, Vorsitzender der Fraktion Die Linke/BSG, brachte das Problem in seiner Haushaltsrede auf den Punkt: *„Weil einige Große keine Steuern mehr bezahlen, sollen das viele Kleine ausgleichen? [...] Das ist ja so, als wenn Sie ein Haus mit vier Wohnungen vermieten ... und weil eine Partei nicht mehr zahlt, erhöhen Sie die Mieten der anderen um 33 Prozent. Aber genau nach dieser Logik wird hier heute wohl ein Haushalt beschlossen.“*

Mit der Zuspitzung auf die Steuerfrage wurden ärgerlicherweise andere Aspekte kaum zum Streitthema. Immerhin wandten sich die Bündnisgrünen mit Unterstützung der Linke/BSG gegen die beabsichtigte Erhöhung der Kindergartengebühren. Seit Jahren tragen die Eltern, abhängig von ihrem jeweiligen Einkommen, gemeinsam 25 % der Kosten. Noch in diesem Jahr soll es eine Satzung geben, die ihnen 30 % aufhalst.

Gar nicht thematisiert wurde, dass es von der Verwaltung weitergeht mit der „Wiederbesetzungssperre“, worüber 600.000 Euro eingespart werden soll. Dazu soll pauschal durch „personalwirtschaftliche Maßnahmen“ eine Einsparung von einer halben Millionen erzielt wer-



den. Wie sich das auf Arbeitszufriedenheit und Krankenstand auswirkt, dürfte bekannt sein. Es gibt mit Sicherheit Einsparpotenziale in der Verwaltung – aber die lassen sich nur durch Aufgabenkritik sinnvoll ermitteln.

Da die Haushaltsmisere eng verkoppelt ist mit der Krise in der Erdölzulieferindustrie wird sich zumindest in den nächsten fünf Jahren nichts ändern. Celle ist nicht mehr „die Stadt mit Energie“, sondern eine der gewaltig die Puste ausgeht – und wahrscheinlich hier und da in naher Zukunft auch das eine oder andere Licht. Vielleicht ist es am Dringlichsten, dass das mal akzeptiert wird in Verwaltungsspitze und „Politik“.



----- 04.11.2015 -----

Born in the USA

Das Magazin ROLLING STONE hat 200 Bundestagsabgeordneten nach ihren Lieblingsplatten gefragt - mit dabei unsere Wahlkreislieblinge. Kirsten Lüthmann nannte „Greatest Hits III“ von Queen; ihr Kommentar: „Es ist zwar etwas ruhiger, und ich liebe eher die rockigen Songs. Allerdings machen die Titel in Kooperation mit Elton John oder der großartigen Montserrat Caballé dieses Album wirklich zu etwas Besonderem.“ Und "rockig" geht's auch bei Henning Otte zu; sein Lieblingsalbum: „Born In The USA“ von Bruce Springsteen aus dem Jahr 1984. Mal wieder ein Beleg für die mangelnden Englisch-Kenntnisse innerhalb der Jungen Union, die im Wahlkampf 2005 mit dem Stones-Song „Angie“ Werbung für die seinerzeitige Kanzlerkandidatin machte - „Angie“ ist ein Abschiedssong. Und wahrscheinlich gefiel sich die JU vor 30 Jahren darin, bündnistreu „I'm born in the USA ...“ mitzugröhlen. Und auch wenn's in dem Song um einen Vietnam-Veteranen geht ... mit Patriotismus und anderem nationalen Überschwang hatte es Springsteen auch in diesem Song nicht.

----- 04.11.2015 -----

Weinbruder

Am 4.11. starb der ehemalige Celler Oberstadtdirektor Ulrich von Witten. Er war zunächst ab 1966 Kämmerer und wurde 1977 per Losentscheid Chef der Verwaltung und blieb es bis 1989. Wenn jemand nachhaltig an Celler „braunem Ruf“ gearbeitet hat, dann von Witten. In seine Zeit fielen das „Stahlhelm-Treffen“ (1983), zwei Bundestage der „Deutschen Burschenschaft“ (1980, 1985) in Celle. Der gebürtige Ostpreuße stand immer an der

Seite revanchistischer Verbände. In Vorstellungsgesprächen war die Bejahung der Frage, ob man „gedient“ habe, bei ihm so etwas wie eine Einstellungsvoraussetzung. Immerhin dürfte es eine „Ulrich-von-Witten-Straße“ in Celle kaum geben, denn: Nach seiner Pensionierung kehrte er der CDU den Rücken und ging zum „Bund freier Bürger“ (BFB), wo er in den 1990er Jahren sogar mal stellvertretender niedersächsischer Landesvorsitzender war. Der BFB war eine Art Vorläufer der „Alternative für Deutschland“ und wurde bis zu seiner Auflösung im Jahr 2000 zu den rechtsextremen Kleinparteien gezählt. Selbstverständlich wurde dies in den Nachrufen nicht erwähnt. Am Ende trauert man halt um einen „Weinbruder“.

----- 13.11.2015 -----

Johanna Ottermann

Die Hermannsburgerin Johanna Ottermann erhielt den Ehrenamtspreis 2015 der Celler SPD-Frauen. Hervorgehoben wurde ihr Engagement gegen Rechtsextremismus. Im Rahmen der BI Südheide – das ergänzen wir mal – hat sie sich lange Jahre für Tschernobyl-Kinder und und für die Stilllegung aller Atomanlagen eingesetzt.

----- 17.11.2015 -----

Verfassungsfeinde

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, befürwortet den Einsatz der Bundeswehr zur Überwachung deutscher Grenzen. Um den unkontrollierten Grenzübergang von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu verhindern, seien verstärkte Maßnahmen erforderlich, sagte Otte im Gespräch mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" – und weiter: „Wenn die Bundeswehr helfen kann, dann sollte sie das auch dürfen.“ Als er diesen Vorschlag im Deutschlandfunk vorbrachte, wurde er darauf hingewiesen, dass das Grundgesetz dies ausschließe. Darauf Otte: „Wir müssen die Gesetze an die Realität anpassen und nicht die Realität unter unsere Gesetze schieben.“ Abgesehen davon, wie es gehen soll, die Realität unter Gesetze zu schieben – unter dem Stichwort „Rechtsstaat“ wird in Sozialkunde etwas anderes gelehrt. Aber Otte hat ja auch Parallelen vor Augen. Bereits im Jahr 2007 habe die Bundeswehr mit Aufklärungsmitteln zur Absicherung des G8-Gipfels

in Heiligendamm Amtshilfe geleistet. „Was in Heiligendamm ging, muss auch im Bayrischen Wald möglich sein“, erklärte Otte. Politik beginne mit der Anerkennung der Realität. - In der Realität, und darauf wies die JUNGE WELT hin, waren Ottos „Aufklärungsmittel“ „beim bis dahin größten Bundeswehreininsatz gegen Grundrechte im Innern insgesamt 2.450 Soldaten, davon ein Viertel Feldjäger, Spähpanzer und Düsenjäger, die in Höhen unter 500 Fuß über Protestcamps jagten.“ (JW, 19.11.)

Schauen wir sicherheitshalber ins Grundgesetz; in Art. 35 Abs. 2 heißt es: „Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte anfordern.“ Jetzt wird's verständlich: Beim G8-Gipfel drohte ein (Heiligen)Damm zu brechen, und jetzt haben wir – wahlweise – die Flüchtlings-Welle. Naturkatastrophen, was denn sonst?

----- 17.11.2015 -----

Schlachtgut

Der Rothkötter-Konzern hat für seinen Geflügelschlachthof eine Erweiterung bei der Gemeinde Wietze beantragt. Im Süden des Geländes soll ein neues Gebäude entstehen, in dem zusätzliche Fertigprodukte verpackt und versandt werden sollen. Guten Appetit!

----- 29.11.2015 -----

Mahnwache Klima

Einen Tag vor dem Weltklimagipfel in Paris demonstrierten weltweit Tausende Menschen für mehr Klimaschutz. In Celle hatte die Initiative „Land in Sicht – Transition“ (LIST) zu einem Laternenumzug aufgerufen. Dauerregen machte dieser Idee einen Strich durch die Rechnung. Stattdessen machten die am Ende doch knapp zwei Dutzend Teilnehmenden mit ihren Laternen am Eingang zum Großen Plan eine einstündige Mahnwache.

Für die Organisatoren erklärte Reinhard Rohde: „Unsere Erwartungen an den Pariser Gipfel sind nicht groß: Der Klimawandel wird leider auf solchen Konferenzen nicht gestoppt – das müssen wir auch vor Ort angehen. Denn eins ist klar: Wenn wir so weitermachen, werden große Teile der



Erde unbewohnbar und die Kluft zwischen arm und reich wird immer tiefer. Es wird uns keine technische Innovation retten, sondern nur ein Wandel der Lebensstile insbesondere der Gesellschaften des Nordens.“

Ein Transparent mit der Aufschrift „Stop Kohle und Klimawandel – Unbegrenzttes Wachstum zerstört begrenzte Systeme“ machte deutlich, worum es ging. Selbstgebastelte Laternen waren mit einer „350“ beschriftet. Denn um einen bewohnbaren Planeten zu erhalten, sollte die Menge an CO₂ in der Atmosphäre von derzeit 400 ppm (Teilchen pro Million) auf unter 350 ppm verringert werden.

----- Anfang Dezember 2015 -----

Identitäre Rassisten

Etwa 200 rassistische Flyer der sogenannten „Identitären Bewegung“ wurden Ende November / Anfang Dezember 2015 abends in Scheuen verteilt, u.a. vor der Flüchtlingsunterkunft und der Schule. Auf ihnen wird in alter Rassistenmanier beklagt, dass „wir“ zur Minderheit im eigenen Land würden. Mit „Wir“ meinen sie nicht wirklich sich, also die Identitären, sondern vermutlich die Bio-Deutschen, und das „eigene Land“ soll dann wohl Deutschland sein. Auch meinen sie festgestellt zu haben, dass eine Islamisierung stattfinden würde.

„100% Identität – 0% Rassismus“, so beschreiben sich die Identitären .

„Wie, Rassismus ohne Rassismus? Nein, selbstverständlich nicht, aber



Rassismus das klingt doch so nach Nazi und nicht wirklich jung und cool. Vielfalt und Pluralismus muss her, die Ideologie des neurechten Ethnopluralismus: Frankreich den „echten“ Franzosen, die Türkei den „echten“ Türken, Israel den Juden und Deutschland eben den Deutschen. „Völkervielfalt statt Einheitsmensch“; Trennung nach Kultur und „Rasse“. Aha, also doch Rassismus.“ (Störungsmelder, 14.11.2012)

----- 10.12.2015 -----

Freiheit für kurdische politische Gefangene

Zum „Internationalen Tag der Menschenrechte“ forderten etwa 30 Teilnehmer*innen bei einer Kundgebung vor der Celler JVA die Freilassung von acht kurdischen Gefangenen in Deutschland, darunter auch Kenan Bastu, der im Oktober festgenommen worden war und in Celle einsitzt. Gefordert wurde auch die Aufhebung des PKK-Verbots.

----- 17.12.2015 -----

Peaceniks

Es war ein hartes Jahr für unsere Bundestagsabgeordneten. Ein gutes Dutzend Mal mussten sie – bildlich gesprochen – den Arm heben für den Frieden. Zugestimmt haben Henning Otte (CDU) und Kirsten Lühmann (SPD) bei der Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr, der Verlängerung des Bundeswehrein-satzes im Mittelmeer, dem Einsatz deutscher Streitkräfte gegen den IS in Syrien, der Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Darfur (UNAMID), der Verlängerung des Bundeswehrein-satzes im Südsudan (UNMISS), zum Bundeswehrein-satz zur Bekämpfung von Menschen-smuggel im Mittelmeer (EUNAFOR MED), der Verlängerung des Bundeswehrein-satzes Libanon (UNIFIL), der Verlängerung des Bundeswehrein-satzes in Mali (MINUS-MA), der Verlängerung des Bundeswehrein-satzes Liberia, der Verlängerung des Bundeswehrein-satzes Somalia (Operation Atalanta), der Verlängerung des Bundeswehrein-satzes in Mali (EUTM Mali). An der Abstimmung über den Ausbildungsunterstützungseinsatz Kurdistan-Irak und den Bundeswehrein-satz zur Luftüberwachung in der Türkei beteiligte sich Lühmann nicht.

----- 31.12.2015 -----

Gegen den Strich

Die Kneipe „Gegen den Strich“ in der Emigrantenstraße hat dichtgemacht. Schade irgendwie.

----- 07.01.2016 -----

Jörg Nigge

Einen gutaussehenden Streber hat sich die Celler CDU als Gegenkandidaten zu Rathauschef Dirk-Ulrich Mende ausgeguckt: Dr. Jörg Nigge ist 41 Jahre alt, hat 1993 auf dem HBG Abitur gemacht. Die nächsten 15 Jahre seines Lebens hat er dann beruflich in Uniform bzw. in der Nähe von Uniformen verbracht. Bei „Unser Heer“ stieg er bis zum Major auf, als Streber hat er sich dadurch ausgewiesen, dass er 1996 Jahrgangsbester beim NATO-/EURO-Lehrgang in Fort Rucker/Alabama (USA) und 2008 Heusinger-Preisträger als Lehrgangsbester des Generalstabslehrganges an der Führungsakademie der Bundeswehr wurde. An der Bundeswehru-ni München wurde er mit der (Fleiß-)Arbeit „Konjunkturen und Krisen des niedersächsischen Handwerks zwischen 1945 und 1995“ zum Dr. phil. promoviert. Seit 2011 ist er beim Hamburger Senat, heute zuständig für das „Sondervermögen Schulimmobilien“. Der typische „Eli-te-Partner“ ist verheiratet und hat drei Kinder. Zu seiner Vorstellung hatte er einen Haufen Phrasen mitgebracht von der Qualität: „Wir brauchen aber Mut, Ideen und vor allem das gemeinsame Ziehen an einem Strang.“



Foto: Bundeswehr/Tefke/Dora Tefke



„... kehr endlich um. Tränen lügen nicht“



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke (*singt*): „... kehr endlich um. Tränen lügen nicht.“

Oma Lilo: Wer war's nochmal. Lass mich überlegen ... Michael Holm.

Die Dicke: Genau. 1974/75. Fünf Wochen auf Platz 1.

Oma Lilo: Und was willst du uns damit erzählen?

Die Dicke: Ach, ich habe nur gerade an Barbara Hendricks gedacht und ihre Tränen anlässlich der Klimaabkommens.

Der lange Lulatsch: Als wenn jemand weiß, wer diese Frau ist.

Klein Jonas: Die deutschen Umweltministerin.

Der lange Lulatsch: Na gut, du Klugscheißer.

Oma Lilo: Sie war gerührt darüber, dass sie teilnehmen durfte an der Rettung der Erde.

Der lange Lulatsch: Ist es nicht irre. Zu einem Zeitpunkt, wo allen klar ist, dass das Zwei-Grad-Ziel aufgrund jahrzehntelanger Untätigkeit nur noch theoretisch zu erreichen ist, taucht im Vertrag auf einmal sogar 1,5 Grad als Marke auf.

Die Dicke: Du hast echt überhaupt kein Vertrauen in Wissenschaft und Technik.

Der lange Lulatsch: Darum geht es gar nicht. Die freiwilligen Emissionsminderungsziele, die die Staaten eingereicht haben, laufen auf eine durchschnittliche Erderwärmung von 2,7 - 3,7 Grad hinaus. Und alle wissen, ab da ist nichts mehr steuerbar.

Oma Lilo: Wenn ich das richtig verstanden habe, dürfen für das Zwei-Grad-Ziel noch 1000 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre gehen. Aktuell sind es wohl 35 Gigatonnen im Jahr, bei Einhaltung der freiwilligen Selbstverpflichtungen steigt das auf 55 Gigatonnen im Jahr 2030. Und das soll dann der „peak“ sein, der Gipfel. Nur danach bleibt praktisch keine Zeit mehr, rund 750 Gigatonnen dürften dann „verbraucht“ sein. Wenn's dann so weitergeht, ist fünf Jahre später das Zwei-Grad-Ziel auch offiziell verfehlt.

Der Besserwisser: Anders gesagt: 80 Prozent der Vorkommen an Erdöl, Erdgas und Kohle müssen in der Erde bleiben.

Oma Lilo: Ja. So ist das wohl.

Der Besserwisser: Und – meint irgendwer hier, dass dies unter den Bedingungen eines weltweit agierenden Kapitalismus möglich ist?

Der lange Lulatsch: Selbstverständlich wird alles daran gesetzt, die fossilen Energien weiter zu nutzen. Ich weiß nicht, ob es nur Illusionsmalerei ist oder ob sich hinter dem Ziel von „Netto-Null-Emissionen“ ab 2050 eine realistische Hoffnung steckt.

Die Dicke: Wie soll das gehen – Netto-Null?

Der lange Lulatsch: Im Vertrag ist davon die Rede, „in der zweiten Jahrhunderthälfte ein Gleichgewicht zwischen menschengemachten Emissionen und der CO₂-Bindung in Senken herstellen“ zu wollen. Das

heißt, man setzt auf Negativ-Emissions-Technologie. Das heißt, der Atmosphäre soll massiv Kohlendioxid entzogen werden - sei es durch Aufforstung, durch die Speicherung von Kohlendioxid im Untergrund (CCS), durch die Kombination von CCS mit Biomasse (BECCS) oder durch die Düngung von Ozeanen, um deren CO₂-Aufnahmekapazität zu erhöhen. Diese Technologien aber sind nicht nur im großen Maßstab noch völlig unerprobt und es ist mehr als offen, ob die Kapazitäten reichen würden, um der Atmosphäre die großen Mengen überschüssigen Kohlendioxids wieder zu entziehen. Für BECCS etwa wären gigantische Flächen nötig: mehr als die eineinhalbfache Fläche von Indien. Nicht nur, dass dies die Auseinandersetzungen um Zugang zu Land weiter verschärfen würde. Diese Technologie, für die riesige Flächen industriell bewirtschafteter Monokulturwälder angebaut würden mit viel Dünger und viel Pestiziden, wäre auch eine ökologische Katastrophe.

Die Dicke: Großtechnologische Lösung statt „system-change“.

Der lange Lulatsch: Im besten Fall geht es um die Veränderung des Energie-Regimes, aber nicht um Produktion und Konsum.

Oma Lilo: Celle aber hat ja die Verkehrswende geschafft. In einem Tourismus-„Image-Film“ der Stadt fährt kein einziger PKW mehr. Es gibt insgesamt vier parkende Autos zu sehen, eins vor dem Schloss – der Herzog darf wohl noch – aber eine Pferdekutsche und mindestens vier radelnde Menschen.

Die Dicke: Auf der website des CDU-Oberbürgermeisterkandidaten Jörg Nigge, auf der er seine Ziele verkündet, taucht der Begriff „Klima“ nicht einmal auf.

Oma Lilo: Da wird er sich mit Landrat Wiswe ja gut verstehen.

Der lange Lulatsch: Aber jetzt tut mal nicht so, als ob der Chefetage im Rathaus das Thema aktuell ein besonderes Anliegen ist. Im Gegenteil, Lobbyismus pur für die Erdölzulieferindustrie: Frack, baby, frack.

Oma Lilo: Da müssen wir ja mal „Die Linke“ loben. Die haben ein richtig gutes Positionspapier verabschiedet, ohne dabei auf Wähler*innen-Stimmen zu schießen.

Die Dicke: Und was ist mit der Geothermie? Das Großprojekt in der Heese ist doch interessant.

Der lange Lulatsch: Steht aber, was die Tiefengeothermie betrifft, auf wackligen Beinen. Technisch ist das längst nicht eingetütet.

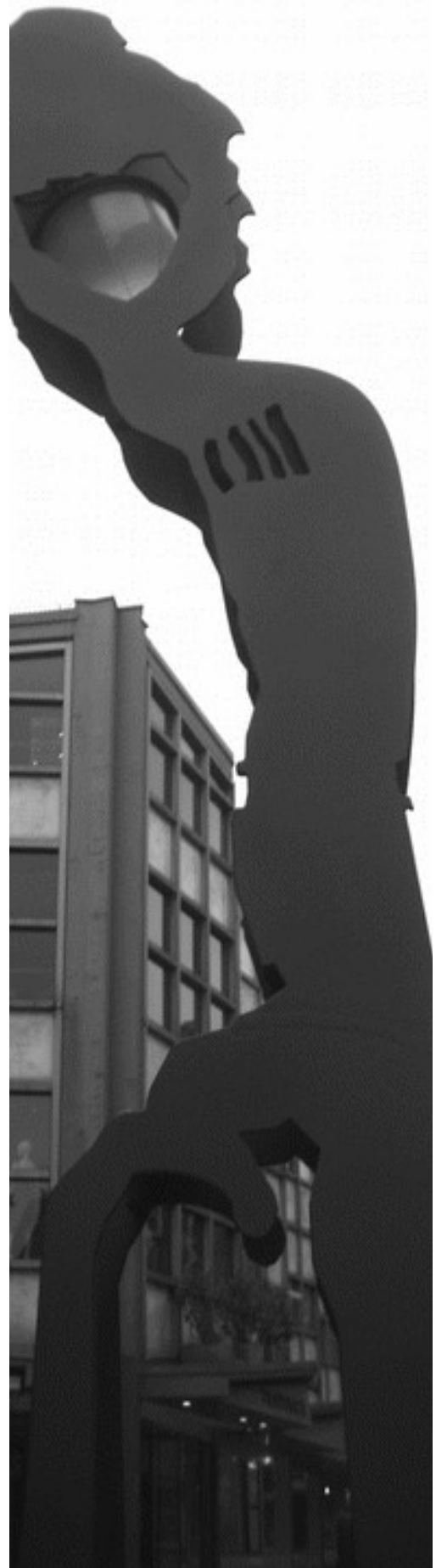
Die Dicke: Und beim Verkehr? E-Mobilität, wie sieht's damit aus.

Der lange Lulatsch: Eine Luftbuchung. Von dem großen „Schaufenster Elektromobilität“ ist geblieben, dass die Stadt aus dem Klimaschutzfond einigen Hotels E-Bikes geschenkt hat. Das war's. Außer Spesen nichts gewesen.

Oma Lilo: Aber die Stadtwerke ...

Der lange Lulatsch: Na gut. Dass die jetzt Öko-Strom und Gas vertreiben, ist gut. Vor allem, weil sie auch in Regenerative investieren. Aber parallel verfolgen sie Projekte wie die Aufhübschung des Badelands und den Bau einer Mehrzweckhalle. Das dürfte dann einen Rebound-Effekt der anderen Art ergeben, also unterm Strich zu mehr CO₂-Ausstoß führen.

Der Besserwisser: Da können wir ja nur froh sein, dass die Welt nicht von Celle aus gerettet werden muss.



„Ohne Fracking verspielt Deutschland seine Zukunft“ (Dirk-Ulrich Mende)

Fracking: Mende dafür, Linke dagegen

Ein Gastbeitrag von Celler Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende für die Online-Ausgabe der ZEIT hat seit Anfang November 263 Kommentare hervorgerufen. Kein Wunder bei dem Titel: „Ohne Fracking verspielt Deutschland seine Zukunft“.

Die Mehrzahl der Kommentare lehnte Fracking und die auf der Extraktion von kohlenwasserstoffbasierten Rohstoffen Energiewirtschaft ab, und viele etikettierten Mende als Lobbyist und Kirchturmpolitiker. Ganz so falsch liegen sie damit nicht, denn selbstverständlich ist es nur die Krise der lokalen Erdölzulieferindustrie, die den Oberbürgermeister für eins der Lieblingsprojekte der Branche Partei ergreifen ließ. Schauen wir auf seine Argumentation:

Jeder dritte Arbeitsplatz in Celle hänge an der E&P-Industrie (Exploration und Produktion), insgesamt rund 9.000 Arbeitsplätze wären in Celle direkt oder indirekt von der Bohrtechnologie abhängig. „Aber dieser hochtechnologische Wirtschaftszweig ist in seinem Bestand in Celle und damit in Deutschland und Europa bedroht.“

Die Gründe dafür verortet Mende im Preisverfall des Erdöls, dem Stopp von Fracking-Bohrungen und den Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Nach Schätzungen habe es allein für das Jahr 2014 Umsatzrückgänge in Höhe von bis zu 40 Prozent gegeben, was in vielen Unternehmen zu Kurzarbeit und Entlassungen geführt habe.

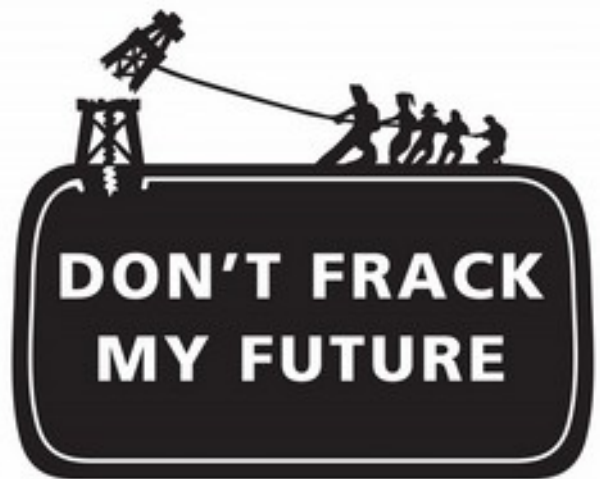
Am Preisverfall von Erdöl und Erdgas könne man auf nationaler Ebene wenig ändern. Was man aber ändern könne, sei die Neuregelung (sprich: Öffnung) der Gesetzgebung für Fracking: „[...] durch die Verschleppung des Regelungspakets Fracking liegt rund eine Milliarde Euro an Investitionen auf Eis, die unmittelbar auch dem Celler Standort zugute kommen könnte.“

Und nachdem er eingangs die Argumente pro und contra Fracking auflistet, folgt er dann der Logik der Frack-Lobby und ihrer beliebten Trennung von „konventionellem“ und „unkonventionellem“ Fracking: Die Neuregelung sehe „die höchsten Umweltstandards weltweit“ vor. Bei mehr als 300 konventionelle Fracks in den letzten 50 Jahren in Niedersachsen sei es nie zu „irgendwelche[n] nachweisbaren Komplikationen“ gekommen. Fracking sei erprobt, habe sich bewährt und die Technik sei beherrschbar. „Aus geowissenschaftlicher Sicht gibt es keinen Grund, Fracking zu verbieten. Mir geht es bei der Debatte um das konventionelle Fracking – eben nicht im Schiefer, das steht auch gar nicht zur Debatte.“

Leicht verschwörungstheoretisch fragt er, warum jetzt eine derart kontroverse Diskussion angefacht würde: „Warum jetzt, nachdem sich die USA durch Fracking unabhängig von Energieeinfuhr machen konnten? Warum jetzt, nachdem Sanktionen gegen Russland wirksam werden?“

Die im Gesetzentwurf gesetzten Umweltstandards seien „ein notwendiger und wichtiger Kompromiss zwischen widerstreitenden Interessen.“ Er fordert schließlich den Bundestag auf, das „Fracking-Gesetz“ endlich auf den Weg zu bringen. „Der industriell-gewerblichen Kernkompetenz in der Erdöl- und Erdgaszulieferbranche in Deutschland und im Energieland Niedersachsen mit Schwerpunkt Celle darf durch eine nicht immer sachgerecht, sondern stark emotional geführte Diskussion kein nachhaltiger Schaden zugefügt werden.“

Etlche Sätze dieses „Gastbeitrags“ sind direkt per copy & past aus der sogenannten „Celler Erklärung“ übernommen, die im Oktober neben Mende auch von Landrat Wiswe, den beiden Wahlkreisabgeordneten Otte und Lühmann sowie sieben Betriebsratsvorsitzenden Celler Unternehmen unterzeichnet wurde. Kernforderung auch dort: „Das Fracking-Gesetz muss endlich auf den Weg gebracht werden.“



Seit vier Jahren gilt in Niedersachsen ein Fracking-Moratorium, d.h. es hat keine neuen Erdgas-Bohrungen gegeben. Losgehen könnte es erst wieder, wenn der Bundestag ein Gesetz erlässt, das eindeutige Regel zu „konventionellem“ und „unkonventionellem“ Fracking aufstellt. Seit Juli 2015 liegt ein schon vom Bundeskabinett verabschiedeter Gesetzentwurf auf Eis, weil sowohl die SPD- wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion etwas daran auszusetzen haben. Öffentlich hört man/frau seitdem kaum noch etwas. Und obwohl das Niedersächsische Wirtschaftsministerium eine schnellere Lösung will, lässt sich einer Stellungnahme von Minister Lies entnehmen, dass auch ein Gesetz nicht viel bewegen würde. In einer Antwort auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Jörg Bode und Gabriela König (FDP) und Dirk Toepffer (CDU) vom 13. November ist folgendes zu lesen:

„Das Fracking-Moratorium betrifft vor allem die Erdgasproduzenten in Niedersachsen. Rund ein Drittel

der niedersächsischen Erdgasförderung entstammt zurzeit aus gefrackten Bohrungen. Zur Stabilisierung der Förderung in diesem Bereich ist die Umsetzung von neuen Frack-Vorhaben unabdingbar, die angesichts des Moratoriums nicht durchgeführt werden können. Jedoch herrscht aufgrund des Ölpreisverfalls eine gewisse Zurückhaltung der Unternehmen bei der Realisierung konventioneller Erdgasbohrungen.“

Oder anders gesagt: Selbst bei einer Aufhebung des Moratoriums ist angesichts der Erdgas-(Import)-Preise nicht damit zu rechnen, dass die Branche derzeit in Niedersachsen einen neuen Boom erlebt. Es ist schlicht und einfach nicht rentabel.

Die Landesregierung jedenfalls sieht kein Licht am Förderhimmel: „Aufgrund des Zusammentreffens unterschiedlicher Faktoren kann zurzeit nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Entlassungen innerhalb der E&P Industrie drohen und damit auch langfristig eine Konsolidierung [= Marktberreinigung] der Service- und Zulieferindustrie stattfindet.“

Ebenfalls noch im November hat sich der Vorstand des Kreisverbandes der Partei Die Linke mit einem Positionspapier zu Wort gemeldet, in der Fracking abgelehnt wird, weil die Anwendung der Technologie in Deutschland ökonomisch und klimapolitisch Unsinn wäre. Diese Erklärung, die dem bornierten Lobbyismus eine Position gegenüberstellt, die über die Stadtgrenzen hinausschaut und inhaltlich einen gewichtigen Kontrapunkt setzt, zitieren wir im Folgenden ausführlich:

„Die [...] Forderung einer Nutzung der "Fracking"-Technology zur Ausbeutung von unkonventionellen heimischen Kohlenwasserstoffen wird von uns [...] verurteilt. Warum?

1. Die Krise der heimischen Erdölservice Industrie liegt nicht, wie in der Celler Erklärung dargestellt, an der "verzögerten" Genehmigung der großflächigen Anwendung der „Fracking“-Technologie in Deutschland, sondern an den internationalen Märkten und der Exportabhängigkeit der Industrie.

Die Anwendung der „Fracking“-Technologie in Verbindung mit einem hohen Ölpreis, ausgehebeltem Umweltschutz und geringerem Wirtschaftswachstum hat zu einer Überproduktion an Kohlenwasserstoffen geführt.

Die Folge, ist ein weltweiter starker Rückgang der Bohrtätigkeit nach Öl und Gas worunter nun die Celler Öl- und Gas-Serviceindustrie leidet. Mehr Angebot aus deutschem „Fracking“ würde sich zum einen nicht rechnen, und zum anderen den Preis weiter unnötig nach unten drücken.

2. Die Anwendung der „Fracking“-Technologie löst nicht das Problem der zukünftigen Energieversorgung in Deutschland. Vorausgesetzt die Erkundung der Lagerstätten ist erfolgreich, würde die daraus resultierende Produktion voraussichtlich nur einen geringen Teil des Bedarfs an Erdgas in Deutschland (ca. 5% oder 2%), und



das über einen geringen Zeitraum (ca. 25 oder 50 Jahre), abdecken. Und dann?

3. Die Risiken der Produktion durch die Entsorgung der hoch kontaminierten Produktionswässer, nicht der vergleichsweise harmlosen „Fracking“-Flüssigkeiten, und die mechanischen Schädigungen des Erdmantels werden wie bei der Atomtechnologie zukünftigen Generationen überlassen.

4. Aus Sicht der IEA gehört die Reduktion von Methanemissionen zu einer der »fünf großen Chancen«, die Staaten kurzfristig haben, um den Treibhausgasausstoß zu vermindern. Die Nutzung der „Fracking“-Technologie bei der Erschließung von unkonventionellen Gaslagerstätten erhöht dagegen die Gefahr von Emissionen von Methan.

Wir, Die Linke in Celle, fordern den Erhalt und die Förderung der Bohrtechnologie in Europa mit dem Ziel der Entwicklung von sicheren, nachhaltigen und wirtschaftlichen Geothermie- und Speichertechnologien.

Die Entwicklung von Speichertechnologien schließt die verstärkte Nutzung von Erdgas zur Stromerzeugung in dezentralen Kraftwerken mit ein. Wirtschaftlich ist nur, was auch für nachfolgende Generationen Bestand hat.

Sofortige Investitionsprogramme des Bundes und der Länder sind nötig, um Technologiestandorte wie Celle mit deren hochqualifizierten Arbeitsplätzen zu erhalten, als auch die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren.“

Das können wir eigentlich nur noch mit einem Argument ergänzen. Klimapolitisch ist die zentrale Aufgabe wohl, dafür zu sorgen, dass mindestens 80 Prozent der fossilen Energieträger, also Kohle, Öl und Gas, im Boden bleiben und nicht verbrannt werden. Nur so hätten wir eine Chance, einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern.

Die Tränen, die Umweltministerin Barbara Hendricks in Paris angesichts des Zustandekommens eines Klimaabkommens vergoss, sollten niemand darüber hinwegtäuschen, dass ihre Partei – die SPD – ein Kind des Zeitalters der fossilen Brennstoffe ist. Die SPD wird sich aus dieser Bindung nie lösen können.

Wehrmachtsgeneräle können kein Vorbild sein

Die Stülpnagel- und die Rommelstraße sollten umbenannt werden. Daran ließ die von der Stadt Celle einberufene Kommission auf der Veranstaltung Mitte November keine Zweifel. Die „77er Straße“ dagegen soll bleiben, allerdings soll an einem öffentlichen Ort in geeigneter Weise auf die Geschichte des Regiments und das Kriegsverbrechen von Tamines hingewiesen werden.

Vielleicht gelingt es auf Grundlage der Einlassungen der Kommission ja jetzt, die Mitglieder von CDU und Unabhängigen im Ortsrat Klein-Hehlen zu einer Zustimmung zur Straßennamensänderung zu bewegen. Öffentlich Stellung genommen hat bis heute leider niemand.

Grundsätzlich äußerte sich Dr. Jörn Ipsen, Professor am Institut für Kommunalrecht und Verwaltungswissenschaft der Uni Osnabrück:



„Ohne Ansehen der Biographie im Einzelnen halte ich bei Wehrmachtsgenerälen alle drei Funktionen der Straßenbenennung für nicht erfüllt. Weder verdienen die Heerführer, die als Werkzeuge Hitlers den Angriffs- und Vernichtungskrieg ermöglichten und durchführten, dass man sich ihrer in ehrenvoller Weise erinnert, noch können sie als Vorbild dienen. [...] Allerdings würde ich eine Ausnahme machen, wenn die Heerführer sich aktiv am Widerstand gegen Hitler beteiligt haben. Die Namen Ludwig Beck oder Witzleben mögen an dieser Stelle genannt sein. Allerdings erfordert diese Ausnahme doch einen genauen Blick auf die Biographie. Hat ein Heerführer sich der Kriegsverbrechen schuldig gemacht, so kann auch die Beteiligung am Widerstand diese nicht ungeschehen machen.“

Die historische Einordnung durch Prof. Dr. Johannes Hürter vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin ließ in dieser Hinsicht keine Zweifel:



„Nichts spricht aber dafür, dass Rommel an den Vorbereitungen des Attentats beteiligt war. Mehr als eine begrenzte Mitwisserschaft ohne direkte Einbindung in die Verschwörung lässt sich für Rommel nicht feststellen. So gibt es keinen Grund, die Einschätzung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die Rommel nicht zu den

Widerstandskämpfern zählt, zu revidieren.“ Alles in allem taugt er nicht zum Symbol für den Widerstand gegen Hitler. „Er ist vielmehr Inbegriff dafür, wie willig sich die deutsche Generalselite von einem Schurkenstaat instrumentalisieren ließ.“

Dagegen sei Stülpnagel unbestritten ein Mann des 20. Juli: „Doch gab es noch eine andere Seite dieses Widerstandskämpfers, die man nicht ignorieren oder bagatellisieren darf. Vom Feindbild des „jüdischen Bolschewismus“ beeinflusst, wirkte er an exponierter Stelle, als Oberbefehlshaber der 17. Armee, bis Oktober 1941 an der Vorbereitung und Durchführung des rassenideologischen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion mit. In seinem Befehlsbereich wurden „verbrecherische Befehle“ wie der Kommissarbefehl und der Kriegsgerichtsbarkeitserlass an die Truppe gegeben und umgesetzt. Zivilisten und Kriegsgefangene waren dadurch von vornherein der Willkür der deutschen Aggressoren ausgeliefert. Besonders schwer wiegt, dass die 17. Armee unter Stülpnagel den Judenmord begünstigte. Stülpnagel lenkte in mindestens zwei Befehlen die Antipathien und Repressalien der Wehrmacht auf den jüdischen Bevölkerungsteil. Außerdem forderte er in einer Denkschrift eine wirksamere Propaganda gegen die Juden, um das Verständnis der ukrainischen Bevölkerung für antijüdische Aktionen zu steigern. Ob gewollt oder nicht: Mit seinem Kurs, die Juden als Sicherheitsrisiko und „Sündenböcke“ zu behandeln, leistete Stülpnagel dem Judenmord Vorschub.“

Hürter fragte dann: „NS-Täter und Widerstandskämpfer, geht das zusammen?“ Seine Antwort: „So sehr wir uns innerlich dagegen sträuben: Leider ja!“ Aber: „Die Ambivalenz dieses Verhaltens zwischen Verbrechen und Widerstand lässt sich nicht auf einem Straßenschild abbilden. Daher sollte man diese Art von Gedenken im Fall Stülpnagel besser ganz unterlassen, auch mit Rücksicht auf die Opfer von Vernichtungskrieg und Holocaust.“

Dass mit Hürter der Experte für die Wehrmachtsgeneralität in der Kommission saß, erwies sich in der Diskussion durchaus als Vorteil. Einige Verteidiger Stülpnagels beriefen sich auf das wissenschaftlich unhaltbare Buch von Barbara Koehn. Hürter konnte ihre in rechten Publikationen zirkulierenden Legenden souverän zurückweisen.

Unqualifizierten Äußerungen sah sich – erwartbar – Jan Philipp Reemtsma von den Fans der Wehrmacht ausgesetzt. Seine Gedanke, dass es sich bei einer Straßennamensumbenennung



nicht um eine Entehrung handelt, sondern nur um die Revozierung einer politischen Entscheidung, dürfte bei ihnen auf taube Ohren gestoßen sein: „Es gibt die Redewendung, hinterher sei man immer klüger. Das ist richtig. Aber so ist es eben: man lernt dazu, man hat neue und mehr Informationen und ist nun klüger als zuvor und klüger als die, die diese Informationen nicht hatten oder (auch das gibt es) sie für belanglos hielten. Man hat die Pflicht, von seinem Wissen, das man über das, was man beurteilt, nun eben hat.“

Nicht zu Unrecht wurde aus dem Publikum darauf hingewiesen, dass in Sachen Rommel und Stülpnagel seit der letzten Runde über Straßennamensumbenennungen (Hörstmann, Fuess, Miegel) im Jahr 2011 nur wenig Neues hinzugekommen sei. Etwas verklausuliert räumte Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende dies ein verbunden mit dem Hinweis, dass man seinerzeit vielleicht davor zurückgeschreckt sei, die überaus emotionale Diskussion mit weiteren Namen zu überfrachten.

Etwas schwerer tat sich die Kommission mit der Umbenennung der „77er Straße“. Jörn Ipsen machte aber deutlich, dass es dabei nicht um die Frage von Ehrungs- und Vorbildfunktion gehen könne: „Die Frage [...] geht vielmehr dahin, ob die Erinnerung an ein Regiment gewissermaßen im Nachhinein erlöschen sollte, wenn dieser Truppenteil an Kriegsgräueln beteiligt war. Bei nüchterner Betrachtung ändert ein militärischer Einsatz in einem Krieg nichts daran, dass Celle seit Jahrzehnten Garnisonsstadt war und an diese Geschichte durch die Benennung einer Straße erinnert. Damit sollen Kriegsverbrechen nicht geleugnet oder verharmlost werden. Nur werden solche Einsätze von hierzu ernannten Vorgesetzten - Kommandeuren - befohlen, die für derartige Befehle die Verantwortung tragen [...] die Verantwortung für Kriegshandlungen [liegt] nicht bei einer Organisation als solcher, sondern jeweils bei dem Inhaber der Befehlsgewalt. Ich vermag deshalb keinen Grund zu sehen, warum die Erinnerung an Celles Geschichte als Garnisonsstadt getilgt werden sollte, weil das Regiment [...] Befehlen gehorcht hat, die gegen die Haager Landkriegsordnung verstießen.“

Reemtsma wies darauf hin, dass „eine solche Namensbeibehaltung nicht ohne Hinweis auf das Massaker von Tamines tunlich ist. Es sollte ein Ort, und zwar bei der Straße selbst, gewählt werden, wo der Opfer des Verbrechens gedacht werden kann.“

Konsequenz: Neben dem Regimentsdenkmal am Neuen Rathaus soll eine Informationstafel zur Historie des Regiments in deutscher und französischer Sprache installiert werden.

Wie geht sonst es weiter? Eigentlich ist der Ortsrat zuständig. Aber Jörn Ipsen bestätigte als Verwaltungsrechtler die Auffassung von OB Mende, der Rat könne die Straßenumbenennung an sich ziehen, weil es eine übergeordnete Frage (geworden) sei. Einfacher wäre sicher für alle Beteiligten, wenn sich die CDU-Mitglieder im Ortsrat zu einer Korrektur ihres Abstimmungsverhaltens vom vergangenen Frühjahr durchringen könnten.

Wie war's denn eigentlich bei Brune.Thun.Uhde ?

Tatort KUNST - „KunstStücke und andere Zutaten“ im Atelier 22. Die Eröffnung

Das Atelier 22 war bis zum Anschlag gefüllt, als die drei Künstler im Dezember ihre Ausstellung „KunstStücke und andere Zutaten“ mit musikalischer Untermauerung von Wolfgang Decker eröffneten. Brune, Thun und Uhde präsentieren Fragmente zum Weiterdenken.

Karola Uhde ist eine Liebhaberin des seriellen Arrangements von Alltagsdingen: „*Das abgelegte Produkt erfährt durch den kreativen Prozess eine Art Wertsteigerung, oft auch durch die Bündelung mit gleichen ‚Artgenossen‘.*“ Und so stehen beleuchtete Gummistiefel neben leeren Kleiderhaken, kunstvoll arrangierte Toilettenpapierrollen neben verdorrten Nordmantannen.

Karl Thun präsentiert 17 ‚Knipsies‘ – Fotos, die spontan und aus der Hüfte entstanden sind – auf vergoldeten Wurstpappen. Die Installation „Auf QR-Pfaden“ mit dem Thema Wasser und Meer fällt besonders ins Auge: Das interaktive Triptychon mit drei QR-Codes lässt sich vom Betrachter mit Hilfe seines Smartphones nämlich über den Rahmen hinaus fortführen und zeigt drei Wasseraufnahmen aus Thuns reichem Videoschatz.

Horst Brune setzt provokative Akzente mit seinen ‚serotonischen‘ und satirischen Textbildern, die er auch als ‚Zusammensetztychons‘ bezeichnet. Es geht um Überwachungskameras oder den Kampf der Geschlechter, auch die Bundesregierung ist wieder mit von der Partie.

Zusammenfassen könnte man die Ausstellung mit den Worten von Frau Uhde: „*Wo eine Idee ist, ist das Material nicht weit!*“



„2020 - Das letzte Frühstück“

Weissagung, Collage auf Wurstpappe, 10,5 x 6 cm, für die Jugend bearbeitet, aus der Reihe "Gern gefeierte Jubiläen", 2015

Zur Ethnisierung struktureller Missstände

Stellungnahme des Flüchtlingsrats Niedersachsen zur anhaltenden Debatte um sexualisierte Gewalt und zur Ethnisierung von strukturellen Missständen

1. Die Übergriffe gegen Frauen am Silvestertag in Köln, Hamburg und anderen Städten stellen exzessive Formen sexualisierter Gewalt dar. [...] Zwar ist die Thematisierung, Ächtung und Sanktionierung von offener sexualisierter Gewalt und Gewalt gegen Frauen, Lesben und Transpersonen in Deutschland dank einer Frauenbewegung, die auf internationale feministische Kämpfe von schwarzen Frauen, Women of Color, Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen aufbaute, enttabuisiert und öffentlich zur Diskussion gestellt worden, doch werden die Effektivität und die Wirksamkeit gewisse Schutznormen und Forderungen nach wie vor in Frage gestellt.

2. Zur aktuellen Problematik gehört, dass sich unter den Tätern in der Silvesternacht – neben deutschen Männern – vermutlich auch viele Flüchtlinge aus arabischen Herkunftsländern befanden. Nicht nur deutsche Frauen, sondern auch migrantische und geflüchtete Frauen sind Leidtragende männlicher Gewalt. Sexismus und sexualisierte Gewalt sind ein fortwährendes Problem unserer Gesellschaft, das uns alle betrifft. Aus diesem Grund darf der Einsatz gegen Sexismus und die Weiterentwicklung

institutioneller Strukturen zum Schutz von Betroffenen nicht von der Tagesordnung verschwinden.

3. [...] Derzeit wird das öffentliche Drama beherrscht von einem Spiel mit Ängsten und geschmacklosen Instrumentalisierungen. Um die Relationen wiederherzustellen, scheint es nötig, auf die Statistik zu verweisen. Dem Lagebericht des BKA zufolge begehen Flüchtlinge nicht mehr Straftaten als Deutsche (Zahlen Januar – September 2015). Der Anteil von Sexualstraftaten liegt danach unter 1 %. Das entschuldigt die Straftaten in der Silvesternacht nicht. Die Aufklärung ist aber dringend notwendig, um die pauschale Stigmatisierung von Flüchtlingen in den Medien in Frage zu stellen, in denen sexualisierte Gewalt und Gewalt gegen Frauen nur dann thematisiert wird, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind, also all diejenigen, die rechte Populist*innen als „nicht deutsch“ verstehen.

4. Dabei sprechen die Statistiken eine andere Sprache. Bei jedem deutschen Großereignis wird sexualisierte Gewalt und Gewalt gegen Frauen ausgeübt. Jedes Jahr werden auf dem Oktoberfest in München im Schnitt zehn Vergewaltigungen polizeilich erfasst; die Dunkelziffer wird auf 200 geschätzt. Im Karneval kommt es immer wieder zu massiven Übergriffen und Verbrechen – z.B. mit verbaler oder körperlicher Gewalt oder Hilfsmitteln wie k.-o.-Tropfen. Zahlen des Bundesfamilienministeriums zeigen: Knapp 60 Prozent aller Frauen die in Deutschland leben wurden bereits sexuell belästigt, jede siebte hat strafrechtlich relevante Formen sexueller Gewalt erfahren (bei Transpersonen ist die Zahl deutlich höher). Diese Zahlen sind schon lange bekannt, finden aber in der Debatte kaum statt. Es muss zu denken geben, wenn jetzt ausgerechnet solche Politiker, die eben noch ein konservatives Geschlechterrollenbild und Heim und Herd propagiert haben, die Rechte der Frauen entdecken und diese für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren.

5. Wir begrüßen die Diskussion um Sexismus und sexualisierte Gewalt, denn sie ist unabdingbar und von höchster Priorität, doch wir lehnen es ab, sie zur Rechtfertigung für rassistische Hetze zu missbrauchen. Wenn das aktuelle Fokus-Titelblatt eine weiße nackte Frau mit schwarzen Handabdrücken veröffentlicht, dann stellt das genau die Form der Ethnisierung einer gesellschaftlichen Problemlage dar, die wir für falsch und gefährlich halten. Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist*innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird. Zum einen weil das rassistische Narrativ 'schwarzer Mann vergewaltigt weiße Frau' die momentane Hetze gegen nicht-deutsche Männer verfestigt und zudem migrantische und geflüchtete Betroffene aus der Diskussion aus-



blendet. Zum anderen weil diese Debatte den Betroffenen von sexualisierter Gewalt schadet, da sie eine wirkliche Auseinandersetzung über Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen verhindert.

6. Repression wird beschworen, wo inhaltliche Konzepte nötig wären. Denn das ist doch die Frage, die letztlich beantwortet werden muss, auch und zuvorderst von der Politik: Wie kann eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in unserer Gesellschaft gewährleistet werden? Was müssen wir tun, damit auch Flüchtlingsfrauen, ob in Notunterkünften des Landes oder in kommunalen Unterkünften, institutionell geschützt und systematisch gefördert werden? Wie erreichen wir, dass Frauen in Deutschland unabhängig von ihrer Nationalität und ethischen Selbstzuordnung nicht diskriminiert und benachteiligt werden? Statt die Ereignisse in Köln zum Anlass zu nehmen, um über verbesserte Schutzkonzepte und die Gewährleistung von Chancengleichheit nachzudenken, wird Sexismus und Gewalt zum Problem der Migranten erklärt. Statt dafür zu sorgen, dass der Schutz von allen Frauen institutionalisiert, das bestehende Recht konsequent angewandt und Gewalttaten gegen Frauen systematisch verfolgt werden, gefällt sich die Politik v.a. darin, wie schon in unzähligen Novellierungen zuvor das Ausländerrecht zu verschärfen und eine härtere Gangart gegen Flüchtlinge zu fordern.

7. „Null Toleranz gegenüber kriminellen Ausländern“ – das ist die Botschaft, die große und kleine Parteien seit Tagen in die Mikrofone und Notizblöcke der Journalisten predigen: „Haft in der Heimat“ (Sigmar Gabriel, SPD), „abschieben, bevor das Asylverfahren zu Ende ist“ (Joachim Herrmann, CSU), „schärfere Gesetze“ (Volker Kauder, CDU), „Hürden für die Abschiebung senken“ (Christian Lindner, FDP), „Schusswaffen gegen diese Horden“ (Frank Oesterhelweg, MdL CDU). Derartige Aussagen steigern die ohnehin rollende rassistische Stimmungsmache ins Unerträgliche, verorten sexistische Gesellschaftsstrukturen sowie sexualisierte Gewalttaten außerhalb der deutschen Gesellschaft und sind populistisch.

8. Gerade weil wir uns in Deutschland den Menschenrechten verpflichtet fühlen und allen Flüchtlingen eine Orientierung an Menschenrechten abverlangen, müssen wir sie auch beachten, wenn es um Entscheidungen über eine Ausweisung und Abschiebung straffällig gewordener Flüchtlinge geht. Das scheinen manche der oben zitierten Politiker nicht begriffen zu haben oder wahrhaben zu wollen: Ein nach der Genfer Konvention anerkannter Flüchtling darf nicht einfach in ein Land expediert werden, in dem er politische Verfolgung befürchten muss. Auch ein straffälliger Flüchtling darf gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht in ein Land abgeschoben werden, in dem ihm Folter, die Todesstrafe oder eine sonstige menschenrechtswidrige Behandlung droht. Bei allen Entscheidungen über ein Aufenthaltsrecht sind die persönlichen Interessen und Bindungen des Betroffenen gegen das öffentliche Interesse abzuwägen. Je länger ein Flüchtling in Deutschland lebt und je stärker seine Verwurzelung in Deutschland ist, desto grö-

ßer ist das persönliche Interesse zu gewichten. Hau-Ruck-Aktionen und Schnellschüsse kann es in einem demokratischen Rechtsstaat nicht geben.

9. Vollkommen indiskutabel sind die Forderungen des Landtagsabgeordneten Oesterhelweg zum Einsatz von Schusswaffen. Schusswaffengebrauch ist bereits jetzt (im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes) zulässig, wenn der Einsatz angemessen, erforderlich und geeignet ist. Eine solche Form der staatlichen Gewaltanwendung ist an strikte Voraussetzungen gebunden und besonders problematisch, weil der Moment, in dem eine Ermessenentscheidung vom Polizeibeamten getroffen wird, geprägt ist von Angst, akuter Gefahr und Unübersichtlichkeit der Situation, und weil der Einsatz besonders schwerwiegende Folgen haben kann. Wenn ein Politiker aus dem niedersächsischen Landtag sich aufgerufen fühlt, den Polizeibeamten zur Bekämpfung der von ihm beklagten „Horden“ quasi zuzurufen „schieß doch!!“, dann ist das Anstiftung zu rassistischer Gewalt. Hier zielt einer auf die Grundfesten unserer Verfassung. Etliche Beispiele von Misshandlungs- und Todesfällen in Polizeihaft zeugen davon, dass gerade auch die staatliche Gewaltanwendung einer strikten menschenrechtlichen Kontrolle unterworfen sein muss.

Nds. Flüchtlingsrat, 12.01.2016

Illustration: Die Poster sind in Zusammenarbeit mit <http://be-up-in-arms.tumblr.com/> einem Workshop mit der Grafikerin Melanie Mues entstanden.





Entlang der Balkanroute

Ein Reisebericht solidarischer Gruppen aus Halle und Leipzig

September / Oktober 2015

Seit dem Herbst vergangenen Jahres sind verschiedene antirassistische Gruppen unterwegs, um Flüchtlinge auf der sogenannten Balkanroute zu unterstützen. In der deutschen Öffentlichkeit wird dies und ihre Erfahrungen kaum registriert. Die Gruppen haben dramatische Erfahrungen machen müssen. Beeindruckend ist z.B. ein Bericht von Menschen aus Halle und Leipzig. Sie haben auf der Tagung „Refugees Welcome“ der Fraktion die Linke im Bundestag am 28.11.2015 über ihre Erfahrungen berichtet. Wir dokumentieren den Redebeitrag.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zu diesem Podium. Wir sprechen zu Ihnen als Gesandte eines Netzwerks aus Halle und Leipzig, das sich in den letzten Wochen gebildet hat, um gemeinsam an die Grenzen auf dem Balkan zu reisen und dort flüchtende Menschen zu unterstützen. Mit bisher sieben sogenannten Konvois waren wir entlang der Migrationsrouten unterwegs. Wir sind nur ein kleiner Teil von einem mittlerweile wesentlich größerem Netzwerk von Menschen aus Deutschland und anderen Ländern, die ähnliche Unterstützungsarbeit leisten.

Wir sind seit Anfang/Mitte September an verschiedenen Grenzen und Brennpunkten unterwegs gewesen: Beginnend mit Horgosch, Tovarnik und Opatovac in Kroatien, über Sid und Belgrad in Serbien, an der österreichisch-slowenischen Grenze bei Spielfeld und schließlich vor einigen Tagen auch in Presevo und Dimitrovgrad.

Dort haben wir unfassbare Not erlebt. Unsere Arbeit bestand vor allem aus der Notversorgung der Menschen mit Sachspenden, Wasser, warmem Essen und Snacks, medizinischer Grundversorgung und Medikamenten; aber auch Informationsweitergabe, Strom zum Handyaufladen oder Internetzugang. Vor Ort halfen uns dabei meist die Flüchtenden selbst und durch Übersetzungsarbeiten oder Hilfe bei der Essensausgabe entstanden schnell enge Kontakte. Darüber hinaus begannen wir mit einer unabhängigen Pressearbeit.

Wir können und wollen an dieser Stelle nicht für die flüchtenden Menschen selbst sprechen, sondern nur aus

unserer eigenen – der UnterstützerInnenperspektive. Eine Botschaft jedoch möchten wir klar weitervermitteln: Diese Menschen haben, jeder und jede für sich, gute Gründe nach Europa zu kommen. Niemand hat das Recht, an ihrer Stelle über die Berechtigung oder Relevanz ihrer Fluchtgründe zu entscheiden – und die momentane Bewegung der Migration fordert das Recht auf Bewegungsfreiheit nicht nur ein, sie nimmt es sich. Die momentane Kraft und Dynamik dessen ist beeindruckend. Was wir leisten können, ist solidarische Unterstützung – und die Weitergabe dessen, was wir erlebt haben, an Sie und an andere.

Daher werden wir Ihnen im Folgenden ausschnittartig von unseren Erlebnissen berichten (wobei diese ihrerseits auch nur ein Ausschnitt sind). Diese Erlebnisse sprechen – leider – meist für sich. Dennoch enden wir nach der Schilderung unserer Erlebnisse aus Ungarn, Slowenien, Kroatien und Serbien mit einem kleinen Fazit.

Freitag, der 4. September: Ein historischer Tag. In Budapest machten sich tausende Flüchtende, die tagelang an der Weiterreise gehindert worden waren, zu Fuß auf den Weg Richtung Österreich. Schnell wurde dies weltweit unter dem Hashtag „March of Hope“ bekannt. Österreich hinderte bekanntermaßen die kommenden Menschen nicht an der Einreise. Kurz nach Mitternacht erreichten die ersten Busse aus Ungarn die österreichische Seite der Grenze und brachten die ersten von vielen tau-



senden Menschen ihrem Ziel, ein Ort, an dem sie in Sicherheit leben können, näher.

Die Bekanntheit dieser Bewegung liegt in dem ironischen Paradox, dass die Flüchtenden erst dann sichtbar wurden, als ihr Weiterkommen einmal für ein paar Tage erschwert wurde. Zuvor waren schon seit Monaten mehr Flüchtende in Griechenland angekommen und hatten den Weg über Ungarn nach Norden gewählt.

[Horgosch / Tovarnik]

Unser erster Konvoi startete Mitte September Richtung Ungarn, in den Tagen, in denen Ungarn seine Grenze zu Serbien schloss. Wir fanden uns nach Umwegen in Horgos, auf der serbischen Seite zu Ungarn wieder. Dort:

Tausende Menschen im quasi Nichts, campierend auf der Autobahn, einer Landstraße und der Freifläche dazwischen. Die beiden Grenzübergänge verschlossen mit Zäunen, Natodraht und Palisadenwänden. Dahinter rund um die Uhr dutzende GrenzschutzbeamInnen. Vor Ort waren zwei Hand voll Freiwillige, wie wir und zwei, drei kleine NGOs.

Am zweiten Tag kamen bereits in den Morgenstunden zu den schon anwesenden GrenzerInnen mehrere Dutzend Einsatzkräfte eines Sondereinsatzkommandos hinzu – verummmt und in voller Kampfmontur. Sie sondierten die Lage, während vor dem Zaun hunderte Flüchtende friedlich, aber durchaus lautstark, gegen die Zustände protestierten. Am Nachmittag kam es dann am kleineren Grenzübergang auf der Landstraße zu einem massiven Angriff mit Tränengas auf die Flüchtenden.

An dieser Stelle müssen wir betonen, dass die offizielle Darstellung, laut der es einen gewaltsamen Sturm auf den Grenzzaun gegeben habe, der dann von den Sicherheitskräften zurückgedrängt werden musste, nicht der Wahrheit entspricht.

Durch den Tränengaseinsatz und der daraus resultierenden Panik unter den dicht gedrängten Menschen kam es zu unzähligen Verletzten. In dem ganzen Chaos und dem Tränengasnebel ging auch das notdürftig eingerichtete Spendenlager und die mobile Küche unter und war im Anschluss nicht mehr zu gebrauchen. Hier zeigte sich bereits, mit welchen Mitteln, mit welcher Aufrüstung und Brutalität europäische Staaten versuchen, sich gegen die ankommenden Menschen abzuschotten.

Nur einen Tag später verlagerte sich durch das Verhalten Ungarns die Route der Migration Richtung Kroatien. In Tovarnik erlebten wir schreckliche Szenen am Bahnhof und den dort bereitstehenden Zügen, die hoffnungslos überfüllt waren.

Zusätzlich zum Bahnhof sammelten sich auch am Rand des Dorfes tausende Menschen, die dann nach und nach mit Bussen weitertransportiert wurden. Die Versorgung der Menschen im Dorf wurde in den Tagen komplett von freiwilligen UnterstützerInnen organisiert und durch mitgebrachte Spenden ermöglicht. Das Verteilen von warmem Essen am Bahnhof wurde uns dann jedoch vom Roten Kreuz untersagt. Dabei waren gerade die



Menschen dort am Bahnhof unterversorgt – obwohl es ein Rot-Kreuz-Zelt gab. Für diese Stationen unserer Reise war vor allem die Fassungslosigkeit darüber prägend, dass außer durch uns keine Versorgung stattfand; was jedoch nicht an fehlender staatlicher Aufmerksamkeit lag – Militär und Polizei waren stets nicht zu knapp vor Ort.

[Opatovac / Sid]

Weitere UnterstützerInnen machten sich auf den Weg. An der kroatisch-serbischen Grenze machten wir zweierlei Erfahrungen, die, wie wir beobachten müssen, inzwischen symptomatisch für den Umgang mit Freiwilligen geworden sind:

Erstens unsere vergleichsweise hohe Mobilität und Flexibilität im Vergleich zu den großen Organisationen, die unglaublich träge auf aktuelle Geschehnisse reagierten. In Opatovac (Kroatien) waren wir gemeinsam mit anderen Freiwilligen aus Europa die Einzigen, die eine Minimalversorgung für die Geflüchteten leisteten.

Zweitens jedoch erfuhren wir auch die Behinderung bzw. Verunmöglichung dieser Unterstützungsarbeit: Nach einigen Tagen begannen Polizei und das Rote Kreuz, uns zu kontrollieren, Platzverweise zu erteilen, uns aus dem Lager zu schmeißen und uns zu zwingen, unsere Kochutensilien und Zelte abzubauen.

Dies ist eine der zentralen Problematiken: Aufgrund des Versagens der offiziellen Institutionen und NGOs, die die Versorgung der Menschen nicht gewährleisten, handeln selbstorganisierte UnterstützerInnen, die sich dann von den versagenden, passiven Organen für ihr Handeln schikaniert sehen.



Der UNHCR und das Rote Kreuz waren stets auf eine medienwirksame Inszenierung ihrer Hilfsbereitschaft bedacht; vor einem Besuch des Innenministers und der Presse wurden strategisch Zelte im Fokus der Kamera postiert und das sonst vor Dreck starrende Lager mit Wasserwerfern gesäubert.

Auf serbischer Seite wurde die Kochgruppe, welche die Versorgung der Flüchtenden mit der oft seit Tagen ersten warmen Mahlzeit sicherte, mit der Begründung mangelnder Hygiene von der Polizei und den Behörden vertrieben. Wo zuvor ca. 50 Freiwillige Tag und Nacht gekocht und warmes Essen bereit gestellt hatten, eine Kleiderkammer betrieben und vor allem mit den Flüchtenden in Kommunikation gewesen waren, war nunmehr das Rote Kreuz mit zwei Menschen pro Tag, und zwar tagsüber, zuständig und verteilte Äpfel und abgepackte Essenspakete (die meist aus Weißbrot und Thunfisch bestanden).



[Dobova]

An der kroatisch-slowenischen Grenze, an welche eine weitere unserer Gruppen wenig später reiste, ging sowohl der gewaltvolle Ausschluss der Freiwilligen weiter, als auch das polizeiliche Regiment über die flüchtenden Menschen. Im Lager Dobova nahe Brezice in Slowenien wurden die Menschen auf einer eingezäunten Wiese zusammengepfercht. Alle paar Meter flackerten kleine Feuer, an denen Menschen sich wärmten, der Gestank von verbranntem Plastik und Müll verpestete die Luft. Wie lange und worauf die Menschen warteten – das wusste keiner. Ohne erkennbare Logik wurden Flüchtende rausgelassen und auf ihrem Fußmarsch in eines der drei umliegenden Lager von Polizisten eskortiert. Die Lage war extrem angespannt, die Menschen wollten einfach nur weiter – Richtung Österreich, Deutschland, Schweden. Dabei wussten viele nicht mal, in welchem Land sie sich momentan befanden bzw. wie weit sie noch von ihrem Ziel entfernt waren! Eine Informationsverteilung gab es nicht und selbst für uns HelferInnen war es schwer, zuverlässige Quellen zu finden, um Informationen verteilen zu können. Obwohl im Laufe der Tage eine lokale slowenische NGO die Versorgung der Menschen zu organisieren versuchte, spielten sich weiterhin dramatische Szenen hinter den Zäunen ab. Ein verzweifelter Vater warf sein Kleinkind über den Zaun in

Richtung eines Helfers in der Hoffnung, dass es versorgt und gefüttert würde, da er seit Tagen keine Möglichkeit dazu gehabt hatte. Die Polizei und das Militär regelten Unruhen, die durch Verständigungsprobleme, Hunger und Informationsmangel entstanden mit lautem Schreien sowie der Androhung und teilweise Benutzung von Pfefferspray und nahmen Verletzte in Kauf!

[Dimitrovgrad]

An der bulgarischen-serbischen Grenze erfuhren wir, dass die Menschen in besonders schlimmer Verfassung ankamen. Übernächtigt, ausgehungert, unterkühlt, verletzt, ausgeraubt, traumatisiert, orientierungslos. Mental gebrochen. Fast alle waren junge Männer aus Afghanistan und teilten eine gemeinsame Ankunftsgeschichte; sie waren Opfer aggressiver Polizeigewalt und organisierter Schmugglerbanden. Es wurde berichtet, dass die bulgarische Polizei, wenn sie Flüchtende erwischte, diese mit aggressiven Gewalttaten bestrafte. Die Menschen wurden ausgeraubt, Hunde auf sie gehetzt, es wurden Gefängnisstrafen von zwei bis drei Wochen verhängt und/oder Rückführung (Push Backs) an die türkische Grenze durchgeführt. Viele erlebten daher schon den zweiten bis dritten Anlauf, Bulgarien zu durchqueren. Organisierte Schmugglerstrukturen verlangten rund 4000 € dafür, den geflüchteten Menschen – teilweise begleitend – zu erklären was sie machen und welche Richtung sie einschlagen müssten, um nach Serbien/Kroatien und weiter Richtung Westen zu gelangen.

Diese „Schmugglerbegleitung“ endete am Fuß des Berges, welcher die Grenze zu Serbien bildete. Ab da hieß es „Go! Fußmarsch in die Richtung“. Keiner der Reisenden schien für einen vier- bis fünftägigen Marsch über Berge und durch Wälder vorbereitet.

Das sogenannte „Camp“, besser gesagt die „Registrierung“ befand sich innerhalb der Polizeistation. 200 bis 600 Menschen kamen durchschnittlich pro Tag an. Teilweise wurden Finger- und Handabdrücke genommen, teilweise wurde illegalerweise Geld (5-10 Euro) für die Registrierung verlangt – dies nach Berichten der Flüchtenden vor allem dann, wenn keine DolmetscherInnen als BeobachterInnen anwesend waren. Nachdem ein Ausgabe/Info Zelt von selbstorganisierter UnterstützerInnen zwei Wochen lang im Lager geduldet war, mussten wir schließlich auf die Straße vor die Wache. Auf ärztliche Versorgung wurde trotz kostenlosem Anspruch nicht aufmerksam gemacht.

Die Anwesenheit von unabhängigen freiwilligen Helfern schien die einzige Möglichkeit zu sein, ein kleines Fünkchen Licht in die absolut undurchsichtige Situation zu bringen und korrupte sowie diskriminierende Strukturen aufzuzeigen bzw. bestenfalls zu unterbinden.

[Presevo]

In Presevo gab es ein Camp mitten in der Stadt, welches, ähnlich wie in Dobova, mit Gittern abgesperrte Gebiete für die Flüchtenden (zwangsweise) bereithielt. Es gab keine kontinuierliche ärztliche Versorgung, die regelmäßig zusammenbrechenden Menschen wurden von



selbstorganisierten Freiwilligen notdürftig versorgt, sofern sie aus der Menge hatten herausgetragen werden können.

Zu dieser Katastrophe kam das nutznießende Verhalten von Taxifahrern hinzu. Berichte von Aggression, der Abnahme der Papiere und Portemonnaies sowie von Verschleppung häuften sich. Doch diese mafiösen Strukturen zwischen Polizei, Taxi- und Busfahrern sind indirekt auch eine Folge der Politik der „Registrierungscenter“ mit endlos langen Wartezeiten bei gleichzeitiger Null-Informations-Politik.

[Fazit.]

Diese oft als „Flüchtlingskrise“ betitelte Situation ist keine Krise der Migration, sondern Ausdruck der Krisenhaftigkeit des europäischen Grenzregimes und der verantwortlichen Staaten. Sie sind es, die den Ausnahmezustand und damit verbundenen Folgen an den Grenzen und entlang der Balkanroute zu verantworten haben, von denen wir Ihnen hoffentlich einen Eindruck vermitteln konnten.

Und die vielen Maßnahmen der Abschottung „nach unten“, wie wir sie in Slowenien, Mazedonien und Kroatien erleben mussten, sind ein direktes Produkt des ständig drohenden Einreisestopps, der medial als Drohung in Deutschland geschürt und inszeniert wird. Aus Sicht des Grenzregimes ist diese Kettenreaktion ein Erfolg – aus Sicht der Flüchtenden eine Katastrophe und bedeutet Lebensgefahr.

Die Situation hält nun schon seit Wochen, oft Monaten an, und noch immer hat die EU – bis auf Abschottungsmaßnahmen – keine „Lösung“ zur Hand. Im Gegenteil: Der provisorische Charakter der Strukturen an den Grenzen – Zelte, ein großes Gewusel, unklare Zuständigkeiten – sind sicher auch Ausdruck dessen, dass es hier nicht um den Aufbau einer Korridorstruktur geht, sondern nur um ein Loch im Zaun, welches man bald wieder zu schließen gedenkt.

Doch der Versuch, Europa abzuriegeln, führt nicht dazu, dass Menschen auf der Flucht es sich anders überlegen – als hätten sie eine Option. Auch wenn die Militarisierung der Grenzen längst begonnen hat: Zäune und Mauern, aber auch eine quasi-militärische Leitung der MigrantInnen auf bestimmte Routen sind keine Lösung,

nicht im moralischen, doch auch nicht im praktischen Sinne. Durch sie wird das Grundrecht auf Asyl und dessen Kern, das Recht auf individuelle Prüfung der Schutzbedürftigkeit, pauschal genommen. Abgesehen von un-

serer Überzeugung einer Bewegungsfreiheit für alle müssen wir auf den Irrsinn hinweisen, der hier geschieht: Menschen, die fliehen, ein militärisches Regime mit Zäunen, Polizeikesseln und systematischer Unterversorgung entgegenzustellen, produziert schlichtweg tausendfach individuelles Leid.

Und auch wenn wir hier einspringen und Gruppen wie wir es sind, die die Rolle humanitärer HelferInnen übernehmen:

Unser Engagement ist keine Lösung der Situation! Weder eine politische, noch eine humanitäre. Es ist eine konkrete und direkte solidarische Geste, aber auch eine notwendige politische Intervention, die zwar auch fehlendes Engagement durch den Staat stopfen mag, aber aus unserer Erfahrung das Versagen des europäischen Gefüges überhaupt erst in seiner ganzen Breite sichtbar macht. Und auch das Versagen der Hilfsorganisationen manifestiert sich dort, wo sich die Zusammenarbeit von UNHCR und Co. mit den repressiven Strukturen der EU-Staaten vermengt, wo sie also an dem stetig scheiternden Versuch, Migration durch autokratische Kontrolle zu lenken, teilnehmen. Es braucht globales Denken – und eine (gesamt)europäische Lösung der Frage. Sie muss mit der Einsicht beginnen, dass Europa aus der Migration entstanden ist und somit daraus besteht.

Stehen wir dafür ein, dass nicht jegliche Menschlichkeit aus der Politik und europäischen Strukturen verschwindet und in die Privatheit der Bürger gedrängt wird. Stellen wir der kalkulierten Erschöpfung dieses privaten Engagements eine Entschlossenheit für eine Politik entgegen, die mit der Tatsache, dass Menschen nach Europa kommen, akzeptierend, pragmatisch und solidarisch umgeht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der ausführliche Bericht mit Fotos unserer Reisen zum Download: <http://bordermonitoring.eu/wp-content/uploads/2015/10/Entlang-der-Balkanroute.pdf>

Balkanticker mit aktuellen Informationen:

<http://balkanroute.bordermonitoring.eu/>

Die Bevölkerung hat vollstes Vertrauen zum Führer

Mit der Edition der umfangreichen Sammlung von Lage- und Stimmungsberichten aus den Jahren 1933 bis 1945 aus dem Kreisarchiv wird jetzt ein Quellenbestand einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht, der einen tiefen Einblick gewährt in die durch die NS-Herrschaft hervorgerufenen Veränderungen und Konflikte. Der Historiker Tim Wegener hat die insgesamt 365 Berichte unterschiedlicher Akteure transkribiert und mit einer umfassenden Einleitung versehen. Der Band mit seinen 523 Seiten liefert nicht nur eine Basis für weitere Forschungen, regionalgeschichtlich Interessierte dürfen sich auf eine in weiten Teilen spannende Lektüre freuen.

Was macht diesen Quellenbestand zu etwas Besonderem? Es ist – wie es im Vorwort heißt – ein „Glücksfall“, dass diese Berichte überhaupt erhalten sind. Dazu kommt: Es ist bundesweit die erste Veröffentlichung derartiger Berichte aus dem Bereich der unteren Verwaltungsebene.

Neben den durch den Landrat abgegebenen Lageberichten an die Staatspolizeistelle Harburg-Wilhelmsburg bzw. den Regierungspräsidenten umfasst die Sammlung eine große Zahl von Dokumenten, aus denen er das Material bezog. Hervorzuheben sind dabei die vielen Berichte der Gemeindebürgermeister, in denen über das Geschehen in den Dörfern des Landkreises berichtet wird. Und vor allem auf dieser Ebene wird ihr Charakter als „Stimmungsberichte“ deutlich. Das Interesse der oberen Stellen an „ungeschminkten Berichten“ findet hier in gewisser Weise Widerhall.

Überraschen kann immer noch, dass die ländlichen Eliten und wohl auch der größte Teil der Dorfbevölkerungen die Demontage der demokratischen Institutionen der Weimarer Republik hinnahm, ohne dies als gravierenden Einschnitt zu erfahren. Im ersten Lagebericht des Jahres 1934 schreibt Landrat Heinichen: „Die politische Lage ist gut. Sie entwickelt sich ruhig und stetig im Sinne des nationalsozialistischen Staatsgedankens.“

Als Einschnitt wurden erst den Krieg und seine Folgen wahrgenommen. Die Konflikte um die Zuweisung von Arbeitskräften (Zwangsarbeit) und Wirtschaftsgütern werden zu einem durchgängigen Thema.

Es wird deutlich, wo die nationalsozialistische Politik Konflikte produziert („Kirchenstreit“, Inanspruchnahme von Land durch Rüstungsprojekte, Mangelwirtschaft) und an welchen Punkten die Zustimmung zum Regime gelegentlich in Skepsis umschlägt.

Interessant sind z.B. Kommentare von Bürgermeistern nach Stalingrad. Im Juni 1943 heißt es aus Nordburg:

„Die Stimmung der Bevölkerung kann ich nicht als sehr rosig bezeichnen. Ich will das aussprechen. Sie ist so, wie das im 4. Kriegsjahr zu sein pflegt. Man sieht

doch schon manches besorgte Gesicht. Stalingrad, Nordafrika und der Luftkrieg haben Spuren hinterlassen. Immer wieder wird die Frage gestellt: „Wann ist der Krieg zu Ende?“ Daß am Schluß des Kampfes der Sieg stehen muß, weiß wohl jeder. Nur über das „Wie“ zerbricht man sich den Kopf. Gewisse Leute, die Schwarz sehen, gibt es überall. Leider hört manch einer danach hin.“



Aber – wie Wegener konstatiert: „Aus ihnen etwa auf eine schwindende Zustimmung zum System zu schließen, wäre sicherlich falsch, denn eine grundlegende Kritik am Nationalsozialismus findet sich in keinem der Berichte. Vielmehr liegt es nahe, dass es sich in vielen Fällen um 'normale' Interessenkonflikte handelte, d.h. Klagen vor allem dann laut wurden, wenn die eigene Lebenswelt bedroht schien.“

Die wenigen im Landkreis Celle lebenden Jüdinnen und Juden tauchen nur gelegentlich als Gegenstand in den Berichten des Landrats auf. Das Konzentrationslager Bergen-Belsen findet nur Erwähnung im Zusammenhang mit den Arbeitskräften der Außenlager.

Erwähnt sei schließlich, dass sich in dem Band auch einige bisher unveröffentlichte Fotos finden, z.B. jenes (siehe oben) von einer NSDAP-Parteiveranstaltung in Hohn im Jahr 1933.

Wegener, Tim: Die Bevölkerung hat vollstes Vertrauen zum Führer ... Lage- und Stimmungsberichte aus dem Landkreis Celle 1933–1945.

Herausgegeben vom Museumsverein Celle e.V. und dem Landkreis Celle – Kreisarchiv. Verlag für Regionalgeschichte. Bielefeld 2016. ISBN 978-3-7395-1054-5, 538 Seiten, 24,00 Euro



Gregor Hilden & die UK Allstars im Herzog

All jene Besucher*innen des Herzog Ernst, die selbst in die Saiten greifen, sind sich über die Qualität eines Gitarristen einig: Gregor Hilden. Im anglo-amerikanischen Sprachraum wird das auch „Musician's Musician“ genannt, also jemand, der/die den Kolleg*innen den höchsten Respekt abfordert. Hilden war schon einige Male in Celle – und immer waren es Konzerte bzw. Sessions, die nachwirkten. Am 15. Februar ist es wieder soweit und zwar mit Sam Kelly's UK Allstars, die in gewisser Weise schon als Hausband durchgehen können.

Gregor Hilden lebt in Münster und hat in den letzten 20 Jahren unter eigenem Namen ein dutzend CDs produziert. Sein zweites Standbein ist der Handel mit hochwertigen Gitarren. Und so dürfen wir ihn wahrscheinlich wieder mit seiner Lieblingsgitarre, einer 1968 Gibson Les Paul Std. Goldtop (siehe Foto), erwarten.

Hilden hat nicht nur eine nahezu perfekte Technik, er hat auch einen ganz eigenen Sound, wobei er gelegentlich seinem „Helden“ Peter Green Referenz erweist. Auf Hildens aktueller CD „In Phase“ findet sich entsprechend ein Song mit dem Titel „Fleetwood Mac“, der den Geist der späten 1960er atmet, als die Briten den besten weißen Blues spielten. Zu Hildens Signature-Songs gehört dann aber erstaunlicherweise „Slobo Day“ von Greens erster Solo-LP von 1979, also seiner zweiten Phase, nachdem er vorher Jahre die Gitarre aus der Hand gelegt hatte. Oder vielleicht doch nicht so erstaunlich, denn wie beim späten Peter Green sind klassische Blues-Nummern bei Gregor Hilden eher selten. Opener der neuen CD und seit einiger Zeit fest im Programm ist die Funk-Soul-Nummer „Mr. Magic“, bekannt geworden durch Grover Washington Jr. aus dem Jahr 1974 mit George Benson an der Gitarre.

Auf der aktuellen CD finden sich einige jazzige Nummern wie z.B. der 16-taktige „Farewell Blues“, funkige Sachen wie „Rock-Zabern“, aber auch klassische Blues-Nummern wie „Naylor's Blues“.

Ein solch breites Spektrum dürfen wir dann auch beim Konzert erwarten. Und dass Gregor Hilden wieder die



Fotos: Christine Maass

Groove-Maschinisten von „Sam Kelly's UK All Stars“ an seiner Seite hat, ist vom Ursprung her Axel Lanz vom Herzog Ernst zu verdanken, der diese Zusammenarbeit vor einigen Jahren mal für Konzerte in Celle arrangiert hatte.

Neben dem Drummer Sam Kelly ist auch der Keyboarder Paul Jobson dabei, am Bass Richard Sadler und für den Gesang Rowena Poole. Eine wirklich große Band. Wer sich davon überzeugen will, sei auf eine YouTube-Aufnahme verwiesen, nämlich „Action Speaks Louder Than Words“ aus dem Dezember 2012 (<https://www.youtube.com/watch?v=8UUvMqXiQ3k>).

Hier der Link zur website von Gregor Hilden: <http://www.gregorhilden.de/> und der zu Sam Kelly: <http://www.sam-kelly.co.uk/>



Ist das die Liebe - oder nur das Verlangen nach Liebe?

Lesung aus den Tagbüchern des Ehepaars Tolstoi

Sie: „*Mein Herz wird ganz weit vor Zärtlichkeit. Du hast etwas Weises, Gutes, Naives, Eigensinniges ... Dein Blick, der jedem in die Seele dringt.*“ Er: „*Sofja, du zweite Hälfte meiner Seele und meines Körpers.*“

Zwei Menschen schreiben sich ein Leben lang herzerreißende Liebesbriefe und streiten sich bis aufs Äußerste. Er ist ein Wegbereiter der russischen Revolution, sie verlegt seine Bücher und zieht die dreizehn Kinder groß. Die Rede ist von Sonja und Lew Tolstoi, die mit ihren Briefen und Tagebüchern ein sehr lebendiges und dazu literarisch hochkarätiges Zeugnis ihrer Liebe hinterlassen haben. Das Paar streitet darin über Liebe, Politik und das Leben.

Die Tolstoj's fanden in den 48 Jahren ihrer Ehe keine eindeutige Antwort, mit ihren Aufzeichnungen hinterließen sie aber ein einzigartiges Zeugnis ihrer verzweifelten Suche. „*Zwei höchst intelligente Menschen streiten über die Liebe, die Politik und das Leben. Man leidet mit und lernt*“, urteilt



der ORF über das von Andrea Clemen zusammengestellte Material. Es ist eine geballte Zeitreise durch das Russland der Zarenzeit bis hin zur Russischen Revolution und durch 48 Jahre einer Ehe, die nicht zerbrechen kann und zur Hölle wird. Dies alles ganz subjektiv von dem berühmten Schriftsteller und seiner Frau formuliert.

Die Entwicklung, die die Beziehung der beiden durchläuft, von der heftigen Verliebtheit bis hin zur absoluten Verständnislosigkeit auf beiden Seiten ist dramatisch.



Das Paar las die Tagebücher des jeweils anderen, ohne ihn wirklich zu verstehen und schrieb sogar Bemerkungen dazu. Dadurch wirken viele Tagebucheinträge wie ein lebendiger Dialog.

Inszeniert und gespielt von Kerstin Wittstamm und Caspar Harlan. Kerstin Wittstamm hat das Theaterhandwerk u.a. beim Zelttheater Compagnia Buffo gelernt und weiß, dass gutes Theater immer 'Theater im Kopf' ist, dass es auf Imagination, die Verzauberung des Zuschauers ankommt. Caspar Harlan ist Regisseur, Autor und Schauspieler. Er hat seit 1969 in vielen Bereichen, vom Theatertechniker und Beleuchter bis zum Dramaturgen für das Theater und für's Fernsehen gearbeitet.

KUNST & BÜHNE, Freitag, 12. Februar, 20.00 Uhr

Eintritt: 15,- Euro , ermäßigt: 10,- Euro

Veranstalter: Kino 8 ½ – Kunst & Kultur

Im Wald und auf der Heide # 11



1. Nach seinem Tod verschlägt es Ziggi Stardust in eine andere Galaxie, nach Suroide nahe Moide. Und Zur? Zur heißt Zur, weil die Bewohner dieser Siedlung sich mit Worten verständigen, die sich ausschließlich aus diesen 3 Buchstaben zusammensetzen, also Z, U und R, gewissermaßen ein Vorläufer des Binär-Code. Fürs neue Album sind schon die ersten Lyrics geschrieben, Wir dürfen gespannt sein. ZZURZUURRRZUZZUURRTZUTZ!



2. Aus der Reihe „*Werbung, die überzeugt*“. Heute: Frisches Brot. Die Frische wird sehr deutlich durch die sorgfältig ausgewählte Schrifttype und -farbe kommuniziert, beim Vorbeifahren dringt der Duft eines Kastenweißbrots (EUR 2,20) in die Nase, bremsen, zurück und kaufen ist eins.

Henning Ottes unglücklicher Auftritt

Im August schon sendete die ARD einen Beitrag über die Problematik der Steuerfreiheit. Im Blickpunkt dabei: elitäre Vereine wie der Berliner Golfclub am Wannsee, Industrie-Lobbygruppen wie die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) und Kommerzverbände wie der Deutsche Fußballbund. Anhand dieser drei Beispiele schauten die Autoren Sascha Adamek und Martin Hahn hinter die Kulissen angeblicher Gemeinnützigkeit. In einer Nebenrolle fand sich auch „unser Wahlkreisabgeordneter“ Henning Otte wieder, der zur Verteidigung der DWT, deren Vizepräsident er ist, nichts sagen wollte. Die DWT ist Veranstalter des Celler Trialog, der dieses Jahr am 18./19. Mai stattfindet. Schon deshalb lohnt ein Blick in die Sendung.

O-Ton: „Politiker, Militärs und Rüstungsmanager kommen gern zur Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik. Sie ist ein gemeinnütziger Verein, der Waffengeschäfte fördert. Aber bitte ohne unsere Kamera. [...] Im Schloss Diedersdorf südlich von Berlin kündigt sich hochrangiger Besuch an. In dem beschaulichen Ort treffen Militärattachés aus aller Welt ein. Das sind die Vertreter ihrer Länder in Deutschland. Eingeladen wurden sie von der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT), einem gemeinnützigen Verein. So gut wie alle deutschen Rüstungsfirmen sind hier zahlende Mitglieder, die sich den ausländischen Gästen und potentiellen Kunden präsentieren wollen. Die Attachés sind gekommen, weil sie sich für Waffen und Militärtechnik interessieren. Viele kommen aus Ländern, in denen sich Polizei und Militär nicht unbedingt korrekt verhalten. Offiziell ist von einer Informationsveranstaltung die Rede. Unternehmen wie Mercedes Benz können Stände mieten und sich darstellen. In Wahrheit findet hier eine Verkaufsmesse statt. Obwohl ein gemeinnütziger Verein einlädt, ist unsere Kamera auch hier nicht erwünscht.“

Bei einem Besuch beim Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages kommt es zu dem denkwürdigen Zusammentreffen mit Henning Otte:

O-Ton: „Hier wird viel gerungen über Ausgaben und

neue Waffen. Alles geheim. Wenn ein Projekt befürwortet wird, kann die Industrie den Champagner entkorken. Wir werfen einen Blick in die Mitgliederliste. Allein sechs Bundstagsabgeordnete von Union und SPD sind zugleich Mitglied im Präsidium des Vereins DWT. Wie geht das? Henning Otte von der CDU ist Vizepräsident der DWT. In seinem Wahlkreis betreibt Rheinmetall eine Panzerfabrik. Otte ist gegen weitere Beschränkungen von Rüstungsexporten. Reden mag er darüber nicht.



„Eine Frage zur Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik ...“ „Ich muss mal eben ...“ „Eine ganz kurze Frage nur.“ „Ich muss kurz, weil ich einen Vortrag habe.“ „Sie haben jetzt einen Vortrag?“ „Ja. Zum Thema Weißbuch.“

O-Ton: „Offenkundig eine Ausrede, um sich nicht unseren Fragen zu stellen. Denn wenige Minuten später ist die Sitzung des Verteidigungsausschusses wie geplant beendet.“

Max Bank von der Organisation Lobby-Controll fragen die Filmemacher, was den Unterschied ausmache zwischen einer gewerblichen Lobbyagentur und einem gemeinnützigen Verein: „Ein Gemeinnützigkeitsstatus suggeriert natürlich, dass eine Organisation wenig anrühlich ist, dass sie die Interessen der Allgemeinheit vertritt. Sowas kann man als Politiker nach außen natürlich besser vertreten, dass man zu solchen Veranstaltungen geht. Das ist angenehm. Die DWT hat also einen klaren Vorteil dadurch, dass sie ein gemeinnütziges Forum bieten kann, um einen Austausch über Rüstungsaufträge, letztlich über Rüstungspolitik zu betreiben.“

Fazit der Filmemacher: „Seit Jahren steht Deutschland bei Rüstungsexporten ganz oben auf der Weltrangliste, auch dank des gemeinnützigen Vereins DWT, der von sich sagt, nur ein Forum zu sein. In Wahrheit ist er eine wichtige Schnittstelle bei der Kungelei zwischen Industrie und Politik.“

<http://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Die-Story-im-Ersten-Steuerfrei-e-V/Das-Erste/Video?documentId=30221552&bcastId=799280>



Buntes Haus wird Teil von Freifunk in Celle

Alle kennen das Internet, aber viele wissen nicht, was Freifunk ist; dabei ist es einfach: eine nicht kommerzielle Initiative, die ein freies Computernetzwerk aufbaut und betreibt. In Celle gibt es eine solche Initiative seit etwa einem Jahr und bislang wurden die Asyl-Unterkunft in Scheuen und das Bunte Haus mit Freifunk ausgestattet, auch einige Parteien und Privat-Personen beteiligen sich. Das Freifunk-Netzwerk besteht vor allem aus WLAN-Routern, die jede*r bei sich zu Hause aufstellen kann und so Teil des Netzes wird. In der Nähe eines Freifunkrouters haben alle Zugriff auf kostenloses Internet.

Aber nicht nur das: Ein Freifunk-Netzwerk kann nicht so einfach abgeschaltet werden, wie es beispielsweise in Ägypten 2011 geschehen ist. Auch für Deutschland wurde immer wieder ein „Not-aus-Schalter“ für das Internet diskutiert, Wolfgang Schäuble hat einen solchen 2009 gefordert. Dazu gekommen ist es zum Glück nicht, dafür wurde die Vorratsdatenspeicherung wieder eingeführt, und die Bundespolitik scheint beim Thema Netzneutralität und Störerhaftung auf keinem guten Weg zu sein.

Durch den dezentralen Aufbau des Freifunk Netzwerks ergibt sich ein hoher Grad an Zensurresistenz, Anonymität und Überwachungsfreiheit. Auch lokale Kommunikation ist möglich, ohne die Daten über Server der großen Internetkonzerne zu schicken.



Die Vision von Freifunk ist die Verbreitung freier Netzwerke, die Demokratisierung der Kommunikationsmedien und die Förderung lokaler Sozialstrukturen. Die Vernetzung ganzer Stadtteile soll der digitalen Spaltung entgegenwirken und freie unabhängige Netzwerkstrukturen aufbauen. Freifunk setzt sich zum Ziel, offene WLAN-Netze einzurichten und diese miteinander zu verbinden. Freifunk ist somit eine offene nicht-kommerzielle hierarchielose Initiative für freie Funknetzwerke.

Doch nicht alle Freifunker*innen sind derart politisch motiviert, der kleinste gemeinsame Nenner ist die Umgehung der Störerhaftung, also die Haftung der/des Anschlussinhaber*in für alles, was über sein/ihr Netzwerk im Internet gemacht wird.

Wie geht's? Du musst keinen Router aufstellen, um das Freifunk Netzwerk mit deinem Smartphone, Laptop, Tablet etc. zu nutzen. Dort, wo Freifunk angeboten wird, einfach mit dem WLAN-Netzwerk „freifunk-celle.de“ verbinden – ein Passwort wird nicht gebraucht – und du hast Internet-Zugriff.

Eins ist dabei wichtig: Durch die fehlende WLAN-Verschlüsselung solltest du Internet-Seiten mit https:// öffnen und nicht mit http://Virenschanner/Firewall/VPN/. Regelmäßige Updates sind sinnvoll, um deinen Computer zu schützen, haben in diesem Sinne aber weniger mit Freifunk zu tun und würden den Rahmen dieses Artikels sprengen. Grundsätzlich gilt: Kümmere dich um die Sicherheit deines Computers, egal ob du zu Hause online gehst oder in einem Freifunknetz.

Freifunk-Netze sind Selbstmach-Netze. Je mehr Menschen sich beteiligen, desto besser – und mitmachen ist einfacher, als Du denkst. Freifunk nutzen und einen eigenen Router aufstellen! (p.t.)

Mitmachen!

Nur wenn viele Leute einen Freifunk Router aufstellen kann das Netzwerk wachsen. Mach mit!

Wir empfehlen den TP-Link WR841N(D) Router. Kostenpunkt: 26 € bei Saturn, 20 € im Internet.

Kaufen und folgende Anleitung befolgen:

Anleitung „Firmware einspielen“: <https://freifunk-celle.de/2-uncategorised/5-firmware-einspielen>

Anleitung „Router einrichten“: <https://freifunk-celle.de/2-uncategorised/6-router-einrichten>

Freifunk Celle sucht Mitstreiter!

Kontakt: Eddie Euwen & Heiko Wundram

<https://freifunk-celle.de/> - info@freifunk-celle.de

Telefon: 05141 9660166 (Eddie)

The True Cost – Der Preis der Mode

Ein Pullover oder eine Hose für weniger als 10 Euro, ein Hemd für 5 – wie kann es sein, dass Kleidung bei uns so wenig kostet? *The True Cost – Der Preis der Mode* macht sich auf die Suche und verfolgt eindrucksvoll den Weg, den die Kleidung macht, bevor sie zu uns ins Geschäft kommt.

Es gibt kaum einen Markt, bei dem Schein und Realität so weit auseinander liegen wie bei der Bekleidungsindustrie. Auf der einen Seite gibt es Modeschauen mit Starmodels und rotem Teppich, auf der anderen Seite wird die Kleidung zumeist unter sklavenähnlichen Bedingungen in sogenannten Drittweltländern produziert. Die Ausbeutungskette, die hinter jedem einzelnen Kleidungsstück steckt, wird unsichtbar hinter der Glamourwelt der Modeindustrie.

Was wird gezeigt?

Der Film handelt von unseren Kleidern und den Menschen, die sie machen. Aber es geht auch um die Umweltzerstörung, die mit der Massenproduktion und Ausbeutung einhergeht. Regisseur Andrew Morgan porträtiert die bengalische Näherin Shima, die für eine bessere Zukunft ihres Kindes schuftet. Der Preis dafür: Sie kann ihre Tochter nur zwei Mal im Jahr sehen.

The True Cost zeigt die Auswüchse des globalisierten Wirtschaftssystems: gerbstoffverseuchte Flüsse, ausgelaugte, vergiftete Böden, auf denen keine Baumwolle mehr wächst, Gensaatgut, das verschuldete Kleinbauern in den Selbstmord treibt, Mütter, deren Kinder schon krank auf die Welt kommen. Als krassen Kontrast zeigt Regisseur Andrew Morgan gigantische Shoppingmeilen unter dem Stern der „Fast Fashion“ – der „schnellen Mode“ von Primark, H&M und Co.: „*Es ist interessant, dass sich die Zentren unserer Städte weltweit immer ähnlicher sehen, weil dort die gleichen Läden mit denselben Marken eröffnen. Und es ist unglaublich, welche Massen an Kleidung überall verfügbar sind*“.

Wichtige Fakten des Filmes

Jeder sechste Mensch arbeitet heute in der globalen Modeindustrie. Damit ist sie die Industrie, in der die meisten Menschen der Welt beschäftigt sind.

Heute konsumieren wir 500 % mehr Kleidung als noch vor zwei Jahrzehnten.

Neben der Öl-Industrie ist die Modebranche für die meisten Umweltverschmutzungen verantwortlich.

Es gibt rund 40 Millionen Näher und Näherinnen. Mehr als 85 % davon sind Frauen.

Die globale Modeindustrie ist eine 2,5 Billionen Dollar schwere Industrie, die immer schneller wächst.



Wer zahlt den wahren Preis?

Morgan nimmt das Publikum mit auf glamouröse Laufstege und in absolute Armutsviertel und sucht nach einer fundierten Antwort auf die Frage, wer den wahren Preis für unsere Kleidung zahlt. Klare Worte finden dazu unter anderen die britische Modedesignerin Stella McCartney, die indische Wissenschaftlerin und Umweltaktivistin Vandana Shiva und die Vorreiterin nachhaltiger Mode, Livia Firth.

Der Film benennt die Verantwortlichen für diese katastrophalen Zustände: die Entscheidungsträger*innen der Markenkonzerne, die Aktionär*innen und die Banken. Und trotzdem fordert der Film auch seine Zuschauer*innen auf, den eigenen Kleiderkonsum zu überdenken und zu ändern.

Mittwoch, 24. Februar 2016, 19.00 Uhr

Kino 8 ½ (Gelände der CD Kaserne)

Der Film wird gezeigt von Weltladen Cella und „Land in Sicht - Transition“ (LIST). Der Eintritt ist frei.

Mode wird zu einem Wegwerfprodukt

Für den Blog vom *Fair Fashion Onlineshop glorie* hatte Nadja Steinbach die Möglichkeit Andrew Morgan zu interviewen.

??: *Kannst du uns mehr über dich erzählen und wie du dazu gekommen bist den Film zu machen?*



Als ich gerade dabei war meinen letzten Film fertig zu stellen, entdeckte ich ein Bild in der New York Times. Es war der Tag nach dem die Rana Plaza Fabrik in Bangladesh zusammenstürzte. Als ich den Artikel darüber las, wunderte ich mich, dass diese Industrie, die doch so machtvoll und profitabel ist, auf so eine Weise Geschäfte macht. Ich habe mich sehr klein ge-

fühlt, als ich anfang zu realisieren, dass es mich nie interessiert hatte, wo meine Kleidung eigentlich herkam. Ich bin dann zurück in mein Büro gegangen, dort habe ich sofort angefangen zu recherchieren und den Film in die Wege zu leiten. Ich wollte verstehen, was in dieser Branche vor sich geht.

??: *Kannst du uns erklären was Fast Fashion ist?*

Fast Fashion beschleunigt den Zyklus vom Laufsteg zum Laden. Die Modelle vom Laufsteg werden kopiert und schnell durch die Produktion geschleust, damit die Ware innerhalb von wenigen Tagen verkauft werden kann. Es ist ein Weg, unsere Kleidung billiger und billiger zu machen und weniger Qualität in die Läden zu bringen. Jede Woche gibt es neue Styles. Dies macht Mode zu einem Wegwerfprodukt – das erste Mal in der Geschichte der Menschheit. Das ist das, was wir mit dem Film am meisten kritisieren möchten. Denn dies kostet unserem Planeten und vielen Menschen um einiges mehr, als auf dem Preisschild steht.

??: *Ein Zitat, das uns aus dem Film nicht mehr aus dem Kopf geht, ist „death grows with profit“. Was sind die Konsequenzen für die Menschen und die Umwelt in den Produktionsländern?*

Mit unserem Film wollen wir zeigen, dass wir die wahren Kosten der Textilproduktion nicht selbst tragen. Es braucht eine große Menge Rohstoffe um Kleidung herzustellen, aber genau diese Rohstoffe drohen uns auf unserem Planeten auszugehen und gerade diese Kosten der Umweltzerstörung werden nicht zum Preis der Mode dazugezählt. Nirgendwo in unserer Wertschöpfungskette messen wir den eigentlichen Preis. Genau das gleiche gilt für die menschliche Arbeitskraft. Transport ist teurer

geworden, Rohstoffe sind teurer geworden und doch ist Kleidung günstiger geworden, denn die Arbeitskraft ist billiger geworden. Die ärmsten Menschen der Welt werden von der Modeindustrie ausgebeutet.

Dies ist eine erhebliche soziale Ungerechtigkeit, denn so viele Menschen auf der Welt verdienen keinen existenzsichernden Lohn.

??: *Was können wir tun um das System zu ändern? Was sollte deiner Meinung nach passieren?*

Im Ganzen gesehen müssen wir das System so verändern, dass nicht mehr Profit alleine im Fokus steht. Das jetzige System macht die Reichen reicher und hält die Armen arm. Bis zu dem Punkt, an dem wir einen Schritt zurücktreten, nachdenken und dann ein neue Methode erfinden, um Gewinn und Kosten auf neue Weisen zu messen. Wir müssen an einen Punkt kommen, an dem wir den Kapitalismus überdenken und weiterentwickeln. Spätestens Umweltkrisen werden dies erzwingen. Denn dann wird es absolut notwendig sein, etwas zu ändern, und dies wird auch die Möglichkeit sein, dass sich etwas im Bezug auf Menschenrechte ändert.



Aber es gibt noch etwas an dieser Industrie, das man dringend ändern muss. Firmen müssen Zugeständnisse machen. Viele Marken lassen in vielen hundert Fabriken ihre Kleidung produzieren. Dabei besitzen sie keine einzige davon, und stellen also, rein rechtlich gesehen, die Leute nicht an. Es gibt keine Langzeitverträge und viele der Arbeitnehmer haben nicht einmal einen Arbeitsvertrag. Das heißt auch, dass diese Firmen die Konsequenzen nicht tragen. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, muss man die großen Firmen dieser Welt dazu zwingen, Verantwortung zu übernehmen und Langzeitbeziehungen mit ihren Lieferanten einzugehen. Außerdem müssen wir, die Leute, die Kleidung kaufen, aufmerksamer sein. [...] Also möchte ich den Menschen einen Anhaltspunkt geben. Wir können zeigen, wie sie mit ihren alltäglichen Entscheidungen, wie der Kleidungswahl, die Achtung der Menschenrechte, die Rechte der Frauen und die Gleichheit fördern können.



Vortrag von Michael Knapp (Berlin)

Während der Rest von Syrien zunehmend im Bürgerkrieg versinkt, findet seit Juli 2012 im Norden Syriens ein viel beachtetes Experiment statt. "Rojava" nennt die hauptsächlich dort siedelnde kurdische Bevölkerung diese Region. Hier befindet sich ein im Mittleren Osten einmaliges basisdemokratisches, geschlechterbefreites und ökologisches Projekt im Aufbau.

Wie werden die im Gesellschaftsvertrag von Rojava formulierten Grundsätze der Geschlechterbefreiung und Partizipation aller ethnischen, religiösen u.a. Identitäten tatsächlich umgesetzt? Wie schlagen sich diese Ansätze in der Ökonomie, Ökologie und Bildung nieder? Bietet dieses Projekt Perspektiven für eine Lösung der Probleme des Mittleren Ostens?

Michael Knapp ist Historiker, seine Aufenthalte in Nordsyrien hat er u.a. in dem Buch "Revolution in Rojava. Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo" beschrieben.

Di., 16. Februar 2016, 18.30 Uhr

VHS Celle, Trift 20 (Saal), Eintritt frei.

Eine Veranstaltung in Kooperation von VHS Celle und RLS Niedersachsen

Russland Regionalmacht oder Imperium? Aktuelle Konfliktlinien

Vortrag: Kai Ehlers (Hamburg)

Es ist Mode geworden, Wladimir Putin als Diktator, als Aggressor, als Stalin, gar als neuen Hitler zu bezeichnen, dem es nur um eines gehe: um die Wiederherstellung der sowjetischen Macht. Russland gilt wieder als finstere Gewalt, die die westliche Kultur bedrohe. Aber stimmt dieses Bild mit der Wirklichkeit überein? Wofür steht Russland? Was ist das Russische an Russland? Wohin bewegt es sich? Was sind Russlands Besonderheiten? Wohin bewegt sich Russland heute? Diese und weitere Fragen werden anhand aktu-

eller Konfliktlinien beleuchtet.

Kai Ehlers ist Publizist und Buchautor. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf den Wandlungen im nachsowjetischen Raum und deren lokalen wie auch globalen Folgen.

Mi., 02. März 2016, 18.30 Uhr

VHS Celle, Trift 20 (Saal), Eintritt frei.

Eine Veranstaltung in Kooperation von VHS Celle und RLS Niedersachsen.



Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V.



10 Jahre Rosa Luxemburg Club Celle

Vor zehn Jahren begann der Celler Rosa-Luxemburg-Club im Februar seine Arbeit mit einer Veranstaltung zum Thema „Matrix – Science Fiction und Gesellschaftstheorie“ mit Dr. Christoph Spehr als Referenten. Seitdem hat der Club insgesamt 112 Veranstaltungen durchgeführt. Damit ist der Club, der in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen arbeitet, der aktivste Träger politischer Bildung in Celle.

Einer der Schwerpunkte war die ökologisch-soziale Transformation der Gesellschaft, u.a. mit dem Schwerpunkt „Postwachstumsökonomie“. Dazu waren z.B. Niko Paech, Friederike Habermann und Adelheid Biesecker zu Gast. Zum Themenkomplex Klima und Energie waren in Celle Kurt Berlo, Tazio Müller, Jochen Stay und Wolfgang Pomrehn. Zu Fragen internationaler Politik referierten u.a. John P. Neelsen (Indien), Nick Brauns (Türkei), Silke Hensel (Chile), Malte Dailjuk (Venezuela). Das Thema soziale Gerechtigkeit wurde vertreten durch Vorträge von Ralf Krämer, Michael Klundt, Werner Rätz und Lukas Zeise. Einmal im Jahr gab's in der Regel auch eine Kulturveranstaltung, mit dabei u.a. Kai Degenhardt, Der Schulz, Thomas Ebermann und Reinhard Trampert.

In den letzten drei Jahren nutzte der Club zudem die Sommerpause des Kino achteinhalb jeweils für eine Reihe mit politischen Dokumentarfilmen.

Weiter so, können wir nur sagen.



Kino 8 ½ im Febr./März

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



05. und 06. Februar

Mr. Holmes

Der 93-jährige Sherlock Holmes lebt zurückgezogen in einem Landhaus in Sussex, widmet sich der Bienenzucht und weist den Sohn seiner Haushälterin in die Geheimnisse der Imkerei ein. In seine verdämmerte Gegenwart mischen sich Erinnerungen an eine Japan-Reise sowie Bilder eines letzten, bislang ungelösten Falls. Das kluge Altersdrama wird von seinem überragenden Darsteller getragen, der dem Meisterdetektiv zu mehr Menschlichkeit verhilft. Die Inszenierung nutzt die Gedächtnislücken zur assoziativen Verschränkung der Erzählebenen, ohne darüber das Grundgerüst einer Detektiv-Story aus den Augen zu verlieren.

GB/USA 2015, Kinostart: 24. Dezember 2015, 104 Min.

12. und 13. Februar

Unsere kleine Schwester

Auf der Beerdigung ihres Vaters, der 15 Jahre zuvor die Familie verließ, lernen drei junge Frauen ihre jüngere, ihnen bis dahin unbekannt Halbschwester kennen und laden sie ein, mit ihnen im alten Familienhaus zu wohnen. Einfühlsam beobachtet der stille, bedächtig inszenierte Familien- und Frauenfilm das Zusammenleben der Geschwister, die nach und nach zueinander und zu sich selbst finden. Dabei legt er großen Wert auf die Darstellung von Alltagsritualen, in denen sich die Schönheit und das Glück des Daseins manifestieren. Eine lyrische, in ihrer stillen Beiläufigkeit tief berührende Meditation über den Kreislauf des Lebens.

F 2015, Kinostart: 10. Dezember 2015, 105 Minuten

19. und 20. Februar

Mia Madre

Während der Dreharbeiten erfährt eine italienische Filmregisseurin, dass ihre Mutter im Sterben liegt. Ihre Überforderung stellt sich in realen Szenen, Träumen, Gedanken und Erinnerungen dar, wobei bedrückende Szenen im Krankenhaus mit absurd-witzigen Momenten auf dem Set wechseln. Nanni Morettis warmherziges, zutiefst menschliches Drama verharret nicht in der persönlichen Aufarbeitung, sondern weitet sich zu einer Meditation über Liebe und Trauer.

Italien 2015, Kinostart: 19. November 2015, 112 Minuten

Mi., 24. Februar, 19.00

True Cost – Der Preis der Mode

Der Lebenszyklus für Mode hat sich in den westlichen Ländern in den Jahren dramatisch beschleunigt, was neben einer geänderten Wertschätzung auch mit der Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer zu hat. Der aufklärerische Dokumentarfilm reiht eindringliche Momentaufnahmen der erbärmlichen Produktionsstätten in Bangladesch oder Indien bis zu den glitzernden Laufstegen und Fashion-Weeks aneinander und lässt Experten zu Wort kommen.

USA 2015, Kinostart: 21. Januar 2015, 92 Minuten

Veranst.: Weltladen Celle, LIST - Eintritt frei.

26. und 27. Februar & Di., 1. März, 19.00

The Danish Girl

Auf der wahren Lebensgeschichte der dänischen Malerin Lili Elbe (1882-1931) beruhender Film über eine transsexuelle Pionierin, die Anfang der 1930er-Jahre eine operative Geschlechtsumwandlung durchführen ließ. Der Film berührt als Melodram darüber, was diese Entscheidung für ihre Ehe bedeutet, engt die Perspektive auf seine Protagonistin aber sehr stark ein.

GB 2015, Kinostart: 7. Januar 2016, 120 Minuten

04. und 05. März

Kirschblüten und rote Bohnen

Der Pächter eines kleinen Imbisses, in dem ausschließlich Pfannkuchen mit Bohnenpaste angeboten werden, stellt widerwillig eine alte Frau als Aushilfe ein. Ihre liebevoll und zeitaufwändig zubereitete Bohnenpaste erweist sich als köstliche Delikatesse, doch birgt sie ein Geheimnis, das den Erfolg zu gefährden droht. Ein anrührend-ergreifendes Drama, das der Zubereitung des Essens eine mythische Bedeutung verleiht, in der Wissen, Erfahrung und die Kunst, den Dingen ihre Zeit zu lassen, zusammenfinden. Mit der dramatischen Forcierung auf das Schicksal der alten Frau plädiert der Film für mehr Respekt und Rücksicht in der japanischen Gesellschaft.

Japan 2015, Kinostart: 31. Dezember 2015, 109 Minuten

Mo., 07. März, 19.00

Drei Farben Blau

Erster Teil einer Trilogie: Nach dem Unfalltod von Mann und Tochter zieht sich eine Frau zurück, bricht mit ihrer Vergangenheit und will ihre Erinnerung hinter sich lassen. Doch das Leben erweist sich als zäher. Durch die Musik findet sie ihre Freiheit und eine Zukunft. Ein interessanter Film über das Leben, die Liebe, die Erinnerung und das Vergessen, doch viele der angesprochenen existenziellen Fragen treten hinter die opulente Ausstattung zurück, sind nur noch schemenhaft zu erkennen. Trotz der Schwächen ein Werk, das die Auseinandersetzung lohnt.

In Kooperation mit dem Ev.--luth. Kirchenkreis Celle, Eintritt frei

Politische Termine in und um Celle

Mo., 08. Februar, 15.00

„**Let's Meet**“ - offener Raum für Geflüchtete und Begegnung mit ihnen

open space to talk, common-dinner, playing, womens-room, childrens-room, pingpong, music, basketball, information for refugees, drinking, translating documents and letters...

Buntes Haus, Eintritt frei

Do., 11. Februar, 15.00

Museums-Melange: „Sturmerprobt und erdverwachsen“ – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Bomann-Museums (Dr. Jochen Meiners)

Bomann-Museum Celle

Di., 16. Februar, 18.30

Rojava - eine Alternative für den Mittleren Osten?

Vortrag von Michael Knapp (Berlin)

mehr auf S. 33

Ort: VHS, Trift 20 (Saal), Eintr. frei

Di., 23. Februar, 18.30

Menschenrechte in einer globalisierten Welt

Dr. Dieter Budde

VHS Kurs (CE1201), Gebühr: 10,00

Ort: VHS, Trift 17, R. 3

Sa., 27. Februar, 15.30

Überblicksführung: **Ulenspiegel-Ausstellung** (Mag. Dietrun Otten)

Bomann-Museum Celle

Di., 01. März, 19.00

„**Erich Mühsam, ein Reigen!**“

Eine fröhliche Hommage an Erich Mühsam. Es werden ein Text von Joachim Ringelnatz sowie Texte und Gedichte von Erich Mühsam präsentiert. Dazu erklingen Lieder u.a. von Kurt Tucholsky/Friedrich Hollaender. Dieses Programm der beiden Künstler **Burkhard Sondermeier** (Rezitation,

Gesang, Konzeption) und **Ulrich Raue** (Klavier) kombiniert abwechslungsreich gesprochene Texte mit vorgetragenen Chansons.

Ort: Synagoge, Im Kreise, Eintr.: 12,--

Mi., 02. März, 18.30

Russland Regionalmacht oder Imperium? Was ist das russische an Russland?

Vortrag: Kai Ehlers (Hamburg)

mehr auf S. 33

Ort: VHS, Trift 20 (Saal), Eintr. frei

Sa., 05. März, 14.00 – 18.00

Glück- Grundrecht und Gesellschaftsform in Bhutan

Seminarleitung: Masanobo Hirata

VHS Kurs (CE1206), Gebühr: 15,00

Ort: VHS, Trift 17, R. 3

Di., 08. März, 19.00

Die Rolle der jüdischen Frau als Brücke zwischen Tradition und Moderne

Referentin: Alla Volodarska-Kelmeireit, Liberale Jüdische Gemeinde Hannover K.d.ö.R.

Ort: Synagoge, Im Kreise

Sa., 10. März, 15.30

Museums-Melange: „Folgen der glücklichen und unglücklichen Ehe“ – Ein Gemäldezyklus von 1802 (Hilke Langhammer M.A.)

Bomann-Museum Celle

Mi., 16. März, 19.00

Wer rettet wen?

Filmdokumentation und Diskussion mit Beate Kasper

VHS Kurs (CE1204), Gebühr: 10,00

Ort: VHS, Trift 20 (Saal)

Fr./Sa., 18./19. März

Manga-Workshop in der Ulenspiegel-Ausstellung für Jugendliche ab 12 Jahren (Arva Fox, Manga Club Hannover)

Bomann-Museum Celle

18.03., 15.00–17.00 Uhr; 19.03., 10.30–12.30 Uhr

Di., 22. März, 19.00

Das Religiöse ist politisch

Margarete Susman – Philosophin des säkularen Messianismus und der jüdischen Renaissance

Rabbinerin Dr. Elisa Klapheck, Frankfurt am Main

Ort: Synagoge, Im Kreise, Eintr. frei

Zu Gast in Celle - jetzt in Israel in Haft

Die 19-jährige Tair Kaminer wurde am 10. Januar 2016 zu 20 Tagen Haft verurteilt. Sie hatte an diesem Tag im Rekrutierungsbüro in Tel Hashomer ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt: „Ich habe mich entschlossen den Dienst in der israelischen Armee zu verweigern. Seit Jahren gibt es keinerlei Bestrebung für einen Friedensprozess, keinen Versuch, Gaza und Sderot Frieden zu bringen. Solange der gewaltvolle militärische Weg gegangen wird, schaffen wir eine Generation voller Hass, womit die Situation nur eskalieren wird. Wir müssen dies jetzt stoppen!“

Tair Kaminer war im November 2015 auf Einladung von Connection e.V. und dem Bildungswerk der DFG-VK Hessen zu einer Veranstaltungsreihe nach Deutschland - auch nach Celle - gekommen. Unter dem Motto "Israel: Aktiv gegen Krieg und Militarisierung" hatte sie an zehn Orten Veranstaltungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt und zur Situation der KriegsdienstverweigerInnen in Israel durchgeführt.

Kunst & Kultur

Fr., 29. Januar, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

So., 31. Januar, 18.00

Andy Mokrús (Jazz)

MS Loretta, Hafen

Fr., 12. Februar, 20.00

Konzert der Jugend Big Band

Beckmann-Saal, AK 15,00

Fr., 12. Februar, 20.00

Ist das die Liebe - oder nur das Verlangen nach Liebe?

Lesung aus den Tagbüchern des Ehepaars Tolstoj, siehe S. 28
Kunst & Bühne, AK 15,00/erm. 10,00

Fr., 12. Februar, 20.00

Joseph Parsons

Fabrik Lounge Aimely, Eintr. frei

Sa., 13. Februar, 20.00

Jam Session

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Mo., 15. Februar, 20.00

Gregor Hilden & UK Allstars

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 19. Februar, 20.00

Stefan Gwildis

CD Kaserne, VVK 34,90 / AK 37,00

Fr., 19. Februar, 20.00

Marco Marchi & The Mojo Workers Accoustic Blues-Roots

Hof Wietfeldt, AK 20,00

Sa., 20. Februar, 20.00

Band of Consolers

Alternative Surf-Grunge-Rock
MS Loretta, Hafen

So., 21. Februar, 18.00

Pasión de Buena Vista

CD Kaserne, VVK 34,90 / AK 37,00
bzw. VVK 31,90 / AK 33,00

Fr., 26. Februar, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Fr., 04. März, 20.00

Tanita Tikaram

CD Kaserne, VVK 41,10 / AK 45,00
bzw. VVK 36,50 / AK 40,00

Sa., 05. März, 21.00

Sweetie Glitter

CD Kaserne, VVK 20,90 / AK 22,00

So., 06. März, 18.00

Walter Sittler liest

Hildebrandt (Die letzte Zugabe)
Schlosstheater Celle, VVK 30,00

Mo., 07. März, 20.00

Delta Moon

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 11. März, 21.00

Freedom – The Party

CD Kaserne, AK 5,00

Sa., 12. März, 20.00

Jam Session

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30



Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“

Jeden Mi. 19.00 Uhr
Weltladen, Zöllnerstr. 29

Weltladen Öffnungszeiten

Mo.-Fr. 10 – 17, Sa. 10 – 14 Uhr

Buntes Haus Plenum

Jeden Donnerstag, 19.00 Uhr
Hannoversche Str. 30f

Forum gegen Atomenergie

forum-gegen-atomenergie@gmx.de

Land in Sicht / Transition (LIST)

jeden 1. Di. im Mo. 19.30 Uhr,
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

Montagskneipe

Jeden Montag, 19.00 Uhr
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

Umsonst-Laden

Jeden Di. und Do., 17.00 – 19.00 Uhr
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

Sa., 12. März, 21.00

Mary's Forbidden Dreams

Morlock, Eintritt frei

So., 13. März, 17.00

Kieran Halpin (acoustic/folk)

MS Loretta, Hafen

Fr., 18. März, 19.00

Anne Clark feat. herrB

CD Kaserne, VVK 26,90 / AK 28,00

Fr., 18. März, 20.00

Session mit Dima Mondello

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Fr., 18. März, 20.00

Andreas Kümmert

CD Kaserne, VVK 18,90 / AK 23,00

Fr., 25. März, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30